Freispruch für Ernst Aust !
Freiheit für Horlemann und Semmler !

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 21 vom 2. Juni 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

GEGEN PREISTREIBEREI:

Teuerungszulage !
'Tariffrieden' brechen !

In den letzten Tagen Streiks in einer Reihe von Metallbetrieben Westdeutschlands. Schon davor: Resolutionen auf V-Leutekonferenzen. Unruhe auch bei den Chemiearbeitern und den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Die Front in den Betrieben schliesst sich gegen die zunehmende Teuerung. Bei der letzten Tarifrunde sollten die Metall- und Stahlarbeiter mit dem Lohnraubabschluss von 8,5% ihren Beitrag zur 'Stabilität' leisten. Jetzt ist die Inflation da – trotzdem. Umso grösser ist die Empörung in den Betrieben.



''Hände weg von Ernst Aust!'', unter dieser Parole demonstrierten ca. 1000 Genossen und Freunde am Vorabend des Prozesses gegen den Vorsitzenden der KPD/ML in Hamburg. S. auch Bericht S.2

Die Gewerkschaftsführer haben den heißen Sommer gefürchtet und die Unternehmer gewarnt. Inzwischen haben auch die Unternehmer erkannt: Lieber ein paar Haare verlieren als den Kopf. Am Freitag handelten Bosse und Bonzen gemeinsam 280 DM mehr für die Stahlarbeiter im nächsten Halbjahr aus. Ähnliche Vereinbarungen sind für Metall angekündigt.

Mit diesem Bettelpfennig kurz nach dem beschlossenen Stabilitätsprogramm soll Öl auf die Wogen des Klassenkampfes gegossen werden. ''Habt Vertrauen in die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsführern und Unternehmern'' ist die Moral von der Geschichte. Also ade Klassenkampf, hoch die Klassenzusammenarbeit?

Die Antwort der Arbeiterklasse kam prompt. Schon am nächsten Tag: Streik bei Mannesmann in Duisburg. Rund 1000 Arbeiter ziehen durch den Betrieb und wehren sich gegen diese 'vertrauensvolle Zusammenarbeit' hinter verschlossenen Türen. Bei Rheinstahl in Duisburg ebenfalls Streik. Hier heißt die Forderung: 100 DM Teuerungszulage pro Monat!

Die Arbeiter erkennen zunehmend die Fessel, die sie in ihrem Kampf kurz halten soll. So heißt es in einer Resolution der Vertreterkonferenz von Saarbrücken: ''Die Unternehmer nutzen die gewerkschaftliche Vertragstreue aus...''

Gewerkschaftliche Vertragstreue – Tariffrieden, darauf pochen nicht nur die Unternehmer, sondern auch Gewerkschaftsführer.

Fortsetzung Seite 2

Vietnam :
6-Punkte-Programm der provisorischen Revolutionsregierung

Die Vertreter der DRV und der Provisorischen Revolutionsregierung geben den Kampf für die strikte Einhaltung des Abkommens nicht auf. Der Widerstand der USA-Thieu-Clique ist bekannt: An kaum einen Paragrafen des Abkommens hielten sie sich. Nun legte der Vertreter der Revolutionsregierung Südvietnams, Ngyuen Van Hieu, auf der Sitzung vom 24.4. in Paris dem US-Staatssekretär Sullivan ein 6-Punkte-Programm vor, mit dem sofort konkrete und realistische Schritte eingeleitet werden können, um die Friedensregelung zu verwirklichen. Es handelt sich zusammenfassend um:

1. FEUEREINSTELLUNG

Um eine strikte Feuereinstellung zu erreichen, sollen die Kommandanten der sich gegenüberliegenden Einheiten in Südvietnam sich sofort treffen. Das würde auch eine klare Grenzziehung ermöglichen und – wie im Pariser Abkommen gefordert – eine Vereinbarung bezüglich der Korridore bringen, die die von jeder Seite kontrollierten Zonen miteinander verbinden.

Der Saigoner Plan enthält keinen Vorschlag über die Einhaltung der Feuereinstellung!

2. BEFREIUNG DER ZIVILGEFANGENEN

Die Revolutionsregierung hatte alle in der festgelegten Zeit freigelassen, so wie es das Abkommen forderte, also vor dem 29. April. Saigon dagegen muss noch sofort: a.) alle Zivilgefangenen freilassen, die die Revolutionsregierung unterstützen b') alle Gefangenen freilassen, die zu keiner der beiden Seiten gehören, wie zum Beispiel solche Südvietnamesen, die Pazifisten sind oder Neutralisten oder Anhänger einer religiösen Bewegung die für Frieden kämpft.

Bekanntlich sind von den mindestens 200 000 politischen Gefangenen Saigons gerade über hundert freigelassen worden, und bei diesen auch sah man schon eine grosse Ähnlichkeit mit den Überlebenden der Hitler-KZs. Die Revolutionsregierung fordert zudem auch die Freilassung für nicht-revolutionäre Gefangene. Thieu hat sogar Angst davor, Neutralisten, Buddhisten usw. freizulassen.

3. DEMOKRATISCHE FREIHEITEN

Artikel II des Abkommens muss in beiden Zonen strikt erfüllt werden, was auch heisst: ''freie Wahl des Wohnortes, freie Wahl des Arbeitsplatzes, Bewegungsfreiheit, um Handel zu treiben zwischen beiden Zonen, um sich um sein Haus und seine Reisfelder zu kümmern, um seine Eltern zu besuchen, um Gräber von Verwandten zu pflegen ... die freie Rückkehr für die Vietnamesen, die aus politischen Gründen im Ausland leben mussten, ihr Recht auf freie politische Betätigung in beiden Zonen, Garantie der Pressefreiheit, der freien Verbreitung der Zeitungen aller Richtungen in beiden Zonen.''

Nguyen Van Hieu fügte hinzu, dass jede Zensur beendet werden muss und garantiert die volle Pressefreiheit und freie politische Betätigung in den befreiten Gebieten, er verlangt die gleichen Bedingungen für die von Saigon kontrollierten Zone.

Fortsetzung Seite 2

30.000 DM
für einen Kindergarten in der DRV (Demokratische Republik Vietnam)
Es fehlen nur noch 8.685,36 DM !

30.4.	OG Kiel	4.012,-- DM
02.5.	A.S., Bochum	100,--
	Rote Garde Selb	45,--
07.5.	Westberlin (ehem. RF-Genossen)	200,--
	Reutlingen (1.Mai-Veranstaltung)	320,05
	Mannheim	200,--
	Kiel (Sammlung auf Trauerfeier für Genossin Sabine Stich)	633,16
09.5.	München (Strassensammlung)	60,--
	Berlin-Wedding	15,--
	J.B., Essen	10,--
09.5.	Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften, Kiel	565,--
10.5.	H.J.M., Wuppertal	230,60
11.5.	D.K., Westberlin	75,--
	Nördlingen	9,--
	H.P., Marburg	502,50
	Westberlin	150,--
16.5.	W.E., Bergheim	10,--
17.5.	Bielefeld	402,--
18.5.	München	15,--
	U., Eckernförde	20,--
	KSB/ML Westberlin	278,--
21.5.	B., Nos.	314,50
22.5.	Weddinger Bierhans	1.000,--
	Zusammen:	9.166,81
	Bisher insgesamt:	12.147,82
		21.314,63 DM

LETZTE MELDUNG:

Demonstration zum Prozess gegen Ernst Aust

Am Vorabend des Prozesses gegen den Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust, demonstrierten tausend Menschen in Hamburg. Die Demonstration begann am Barmbecker Bahnhof. Sie führte die gleiche Route entlang, die tausende Hamburger Arbeiter bereits vor 10 Jahren demonstrierten, als der erste Prozess gegen Genossen Ernst – damals noch Mitglied der illegalen KPD – stattfand.

Auch diesmal zeigten die Hamburger Genossen, Freunde und Sympathisanten der Partei auch aus anderen Städten Westdeutschlands und aus Westberlin, dass sie dem Anschlag der Klassenjustiz ihre kämpferische Solidarität entgegensetzen. Zur Demonstration hatten auch Genossen der 'KPD', des KSV und der Liga aufgerufen. Die gemeinsame Front gegen die rasch zunehmende Verfolgung, Hetze und Illegalisierung kommunistischer und fortschrittlicher Organisationen wurde so gestärkt.

Das Interesse und die Sympathie der Hamburger Bevölkerung zeigte sich deutlich: Aus den Kneipen kamen Kollegen und hörten sich die Reden auf den Kurzkundgebungen an. (Die Reden wurden gemeinsam von unserer Partei und Genossen der 'KPD' gehalten.) Aus den Fenstern grüssten Fäuste. Passanten reihten sich ein.

Auf der Schlusskundgebung verfolgten wiederum viele Bewohner der umliegenden Häuser die Reden. Es wurden Solidaritätsadressen für Genossen Ernst verlesen, darunter auch Adressen ausländischer Organisationen, und des Hamburger Sportvereins Farmsen, der mit an der Spitze des Zuges marschierte. Genossen der Liga und der 'KPD' sprachen ihre Solidarität in einer längeren Rede aus.

Genosse Ernst ging in seiner Rede auf den Zusammenhang zwischen den Prozessen von 1963 und heute, 1973, ein. Er stellte klar, dass es kein Zufall ist, wenn die Bourgeoisie ihn verfolgt und hinter Gitter bringen will, während D'K'P-Bachmann und Co. beim gemeinsamen Empfang des Kremlzaren mit Regierungs- und CDU-Vertretern in Bonn diniert: Die Klassenjustiz verfolgt jene, die sich nicht von der Bourgeoisie kaufen lassen, die dem revisionistischen Verrat den Kampf um den Aufbau der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML, entgegen setzen.

Genosse Ernst ging auch besonders auf die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML ein, wobei er hervorhob, dass der Kampf um die Einheit – wie in Dortmunder Gefängnissen geschehen – durch solidarische Diskussion im gemeinsamen Kampf verstärkt werden muss.

Die Rede wurde von den Demonstranten mit grossem Beifall aufgenommen, in den auch Anwohner einstimmten.

Der Hamburger Polizei, die wenige Tage zuvor erst einen faschistischen Überfall auf ein von Jugendlichen besetzes Heim inszenierte (siehe S.8), gelang keine Provokation gegen die Demonstration.

Die Mobilisierung und Aufklärung der Arbeiter und Werktätigen über die antikommunistische Hetze und die politische Verfolgung geht mit dem Prozessbeginn gegen unseren Vorsitzenden, einen Schritt weiter!

HÄNDE WEG VON ERNST AUST!
HÄNDE WEG VON DER KPD/ML!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

SOLIDARITÄTSADRESSEN

Zum Prozess gegen Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, trafen viele Solidaritätsadressen aus der Partei und ausserhalb ein. Hier nur eine Auswahl in kurzen Auszügen:

Von der Solidaritätsveranstaltung der Ortsgruppe Dortmund:
"Genosse Ernst, wir und alle fortschrittlichen Menschen stehen hinter Dir und wir werden hier die Dortmunder Bevölkerung, die jetzt die Pranke der Bourgeoisie zu spüren bekommen hat, für den Prozess mobilisieren und Solidarität organisieren..."

Stadtteilzelle Berlin-Charlottenburg:
"Die Bourgeoisie wusste und weiss immer genau, wie sie die Arbeiterbewegung am empfindlichsten treffen kann, nämlich durch Unschädlichmachung ihrer führenden Kräfte.
Ob Verbot unserer Partei oder Einkerkerung von Genossen – wir werden diese Angriffe der imperialistischen Klassenjustiz nicht kampflos hinnehmen. Wir werden mit Dir und für Dich gegen jegliche politische Unterdrückung kämpfen!"

Genossen und Sympathisanten der Roten Garde Bonn:
"Dieser Versuch der Bourgeoisie, Dich, einen der ergebensten Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse, vom weiteren Kampf abzuhalten, kann uns nicht einschüchtern, im Gegenteil, er veranlasst uns dazu, unsere Kräfte noch mehr zu verstärken, unseren Kampf unter der Führung der KPD/ML noch entschlossener und zielstrebiger zu führen. Denn dieser Versuch der Bourgeoisie richtet sich nicht allein gegen Dich, sondern gegen uns alle, Kommunisten, Antiimperialisten und fortschrittliche Menschen in der BRD..."



(Ein verspätet eingegangener Brief)

An die Redaktion des 'Roten Morgen':

Resolution von einigen Kameraden der Panzergrenadierbrigade 13

Der Bonner Staat hat in ganz Westdeutschland und Westberlin eine Terrorwelle gegen die Kommunisten eingeleitet. Ziel einer Grossrazzia waren besonders die Organisationen KPD, KSV und Liga gegen den Imperialismus.

Wir sprechen unsere Solidairtät aus mit den verfolgten Organisationen.

Wir fordern alle fortschrittlichen Kräfte in diesem Land auf, dagegen eine Massendemonstration durchzuführen.

Diese muss am 20.5.73 am Tage des Besuchs des Banditen Breshnew durchgeführt werden. Es liegt uns besonders am Herzen, dass die KPD/ML und die KPD zusammen marschieren.

Wir werden in unseren Kompanien mit aller Kraft versuchen, die Kameraden zum Kampf gegen das Verbot der fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen zu mobilisieren.

Wetzlar, 16.05.73

6-Punkte-Programm

Fortsetzung

4. RAT DER NATIONALEN VERSÖHNUNG UND EINTRACHT

Nguyen Van Hieu hat vorgeschlagen diese ersten vier Punkte der Reihe nach zu verwirklichen, bevor die beiden letzten angegangen werden.

5. ALLGEMEINE WAHLEN ZUR KONSTITUIERENDEN VERSAMMLUNG

Diese soll eine Verfassung ausarbeiten und eine südvietnamesische Regierung bilden. Die Revolutionsregierung ist bereit ,"mit der anderen Seite Institutionen zu diskutieren, die der Gegenstand dieser allgemeinen Wahlen sein werden." Die Organisation und Durchführung der Wahl soll entsprechend dem Abkommen durch den nationalen Rat vorgenommen werden.

Saigons Diktator Thieu hat nichts besseres zu tun, als von den allgemeinen Wahlen am 26.August zu schwatzen, die er angeblich durchführen will. 'Wahlen' unter dem Weiterbestehen der faschistischen Diktatur – 'Wahlen', bei denen gegenwärtig eine einzige Partei zur Wahl steht, nachdem Thieu am 17.Mai mit einem Erlass des Innenministeriums 26 Parteien Südvietnams auflösen liess. Die einzige existierende Partei heisst: 'Dan Chu', die Partei Thieus.

Schliesslich fordert die Revolutionsregierung, dass die Frage der

6. BEWAFFNETE STREITKRÄFTE IN SÜDVIETNAM

zwischen beiden Parteien in Südvietnam diskutiert werden muss, um Massnahmen zur schrittweisen Abrüstung und wirklichen Demobilisierung zu treffen.

Auch hier hat die US-Marionette Thieu nichts entgegenzusetzen, als weiterhin: Feuer frei, auf alles was in Opposition zu ihm steht.

Unterstützen wir weiter den heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes!

Dortmunder Bunker:

Bericht eines Festgenommenen

RM: Warum bist du verhaftet worden?

"Als vor Karstadt eine Kundgebung gegen Breshnew war, versuchten 4-5 Zivile einen der Demonstranten festzunehmen. Ich wollte ihm helfen. Dabei wurde ich auch geschnappt, die Arme auf den Rücken gedreht und abgeführt. Die Zivilen versuchten möglichst gezielt Marxisten-Leninisten festzunehmen. Sie mischten sich in die Diskussionsgruppen und fragten die Leute zum Beispiel, was sie von Stalin halten würden, um so Demonstranten und Passanten zu unterscheiden. Der Einsatz der Zivilen hat ja zunächst grosse Verwirrung gestiftet. Aber auch mit ihnen kann man fertig werden. Das zeigte sich auf dem Revier, wohin wir zuerst gebracht wurden. Mit den anderen Verhafteten wurde ein Spitzel hereingebracht, Er mischte sich unter uns und versuchte, Gespräche zu belauschen. Sofort wurde er aber angegriffen: "Bekommt ihr jetzt neun Groschen oder immer noch acht?" usw. Er war noch beim Weitertransport mit einem mir bekannten Verhafteten im Wagen – ihn in die Zellen zu stecken, traute man sich aber nicht mehr."

RM: Am Samstag sind viele zum ersten Mal im Gefängnis gewesen. Trotzdem ist es zu grossartigen Kampfaktionen gekommen.

"Ich hab am Anfang eine kurze Zeit gedacht: Jetzt bist du verhaftet, für dich ist die Demonstration gelaufen. Da stand aber am Ausgang vom Polizei präsidium, einer weiteren Station, ein altes Mütterchen, so 60 Jahre mit einem 14-jährigen Kind. Als wir da vorbeikamen, hob sie die Faust und sagte: Na denn Rotfront, Kinderchen. Das hat mir wieder Mut gemacht und ich habe mir geschworen, den kämpferischen Geist der Demonstration nicht aufzugeben.

Im Bunker, wohin wir schliesslich gebracht wurden, war ich in einer Zelle mit 40 Mann. Sofort wurden Listen mit den Adressen der Verhafteten erstellt. Sammellisten für den Rechtsanwalt organisiert. "Rechtsanwalt, Rechtsanwalt!" war dann auch unser erster Sprechchor, den wir später mit Trommeln gegen Türen und Blechteile in der Zelle begleiteten.

Ein älterer Genosse der Partei hat dann dafür gesorgt, dass auch hier im Bunker weiter die Parolen der Demonstration gerufen wurden. Über die Leitungskanäle stellten wir die Verbindung zu den anderen Zellen her, sodass organisiert gekämpft werden konnte. Später kamen noch neue Genossen dazu, die in ihrer Kleidung Kleber und Liederbücher eingeschmuggelt hatten.

Dann kam die Parole Hungerstreik. Wir sollten gerade in einen anderen Trakt verlegt werden und konnten so alle Zellen auf dem Weg benachrichtigen. Im neuen Trakt haben wir entdeckt, dass ein Ausgang nicht bewacht war. Der Ausbruch, um die Genossen draussen zu benachrichtigen, wurde diskutiert. Am nächsten Morgen öffneten wir die Zellentür. Es gelang uns sogar, an den Elektromotor heranzukommen, der die Tür auf dem Gang öffnete. Es zeigte sich aber, dass die Flucht nicht möglich war. Die Tür wurde deshalb wieder geschlossen und wir gingen zurück in die Zelle, um weiter zu beraten. Inzwischen kamen aber die Bullen und schlossen die Tür wieder.
Diese Aktion schloss uns noch enger zusammen. Wir verrammelten sämtliche Türen von innen und nahmen die Widerstandsaktionen, heftiger als zuvor, wieder auf. Daraufhin kam ein Rollkommando von 8 Bullen (wir hatten eine Tür 'vergessen') und nahmen den 'Anführer' mit. Das sie das schafften, war ein Fehler von uns. Ich habe von einer anderen Zelle gehört, wo die Solidarität der Genossen das verhindert hat.

Es wurde auch politisch in den Zellen gearbeitet. Da war zum Beispiel ein Passant, der verhaftet worden war, weil er Photos gemacht hatte. Er war zwar von Anfang an sehr empört über die Bullen, stand uns aber eher neutral gegenüber. Im Verlauf der Aktionen solidarisierte er sich immer mehr und rief am Schluss sogar mit uns: 'Weg mit Breshnew, Weg mit Brandt, alle Macht in Arbeiterhand!' Ausserdem gab es eine Diskussion über die Einheit der Marxisten-Leninisten. Das klingt vielleicht seltsam, dass darüber im Knast gesprochen wird. Aber wir haben hier so deutlich wie nie zuvor erfahren, wie wichtig eine kämpferische Einheit gegen die organisierte Staatsmacht ist."

Nachrichten

ISLAND: HEISSER BODEN FÜR IMPERIALISTEN

In Reykjavik klirrten die Scheiben der englischen Botschaft, unter den Steinen, Flaschen, Lavabrocken, die Demonstranten gegen das Gebäude schleuderten. Ein britischer Attache wurde getroffen, Botschafter John McKenzie versteckte sich auf dem Korridor im Inneren des Gebändes. Die Demonstration wendete sich gegen das gewaltsame Eindringen britischer Kriegsschiffe in isländische Hoheitsgewässer.

Mit Demonstrationen des isländischen Vietnamkomitees, des Komitees gegen militärische Stützpunkte auf fremdem Boden und der isländischen Jugendbewegung werden Nixon und Pompidou erwartet, wenn sie am 31. Mai zu Besprechungen in Island eintreffen. Von Seiten der Demonstranten wurde erklärt. Sie werden auf Nixon Druck ausüben, damit er die amerikanische Nato-Basis Keflavik bald räume. Pompidou gelten Proteste gegen den geplanten französischen Atomwaffenversuch im Pazifik.

HÄFTLINGSSTREIKS IN ITALIEN

In den Gefängnissen Italiens wird gestreikt. Die Häftlinge kämpfen für eine Strafrechtsreform und bessere Haftbedingungen.
In den Gefängnissen von Rom, Neapel und anderen Städten sind die Gefangenen in den Hungerstreik getreten. In Pisa zerschlugen die Gefangenen das Zelleninventar und steckten Decken und Matrazen in Brand. Rund 20 Häftlinge kletterten auf das Dach des Gefängnisses. Der Aufstand konnte nur mit massivem Polizei- und Feuerwehreinsatz niegeschlagen werden.

MIT GEWEHREN FÜR DAS RECHT AUF FISCHFANG

Rund hundert mit Gewehren bewaffnete Indianer blockierten drei Stunden lang die einzige Zufahrtsstrasse zum Reservat Bay Mills in Michigan (USA). Die Blockade wurde abgebrochen, als die Indianer ihr Kampfziel erreicht hatten: Die Strafanzeigen gegen zwei Indianer, die nichts anderes getan hatten, als ihr angestammtes Recht auf Fischfang wahrzunehmen, wurden zurückgezogen.

KLASSENJUSTIZ

Mit weiteren Freisprüchen im Prozess gegen Nazis in Aumühle (Kreis Passau) bedachte das Gericht die Anführer, die die Bevölkerung gegen ein Heim für geistig behinderte Jugendliche aufgehetzt hatten. Das Gericht vertrat die Auffassung, die geäusserten Worte 'Judenpack', '-denzeug, das aufgehängt gehört', stellten keine strafbare Volksverhetzung dar. Gegen Genossen unserer Partei und Sympathisanten laufen Anklagen auf z.T. mehrjährige Freiheitsstrafen, aufgrund von Äusserungen wie: 'Staat der Kapitalisten' (Osswald-Prozess), 'bürgerlicher Wahlschwindel' u.a.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 35 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420 – 435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Gegen Preistreiberei !

Fortsetzung von Seite 1

Dieser angebliche 'Friede' zwischen Unternehmer und Arbeiter ist eine Zwecklüge. Oder gibt es einen einzigen Tag im Leben des Arbeiters, wo ihm der Unternehmer nicht im Nacken sitzt und ihn ausbeutet? Ist es nicht so, daß gerade zu Beginn der 'Friedenszeit', direkt nach den Tarifabschlüssen, der Krieg der Kapitalisten durch Akkorderhöhung, Arbeitszeitverlängerung, Streichung der Zulagen, erst richtig losgeht?

Zwischen Arbeiter und Unternehmer gibt es kein 'bindendes Recht', da gilt allein das Recht des Stärkeren.

Also vorwärts zu einer starken IGM, zu einem starken DGB, wie die D'K'P sagt? Also vorwärts zur Mitbestimmung für Millionen, dem allgemeinen Miteinander-Füreinander zwischen Arbeiter und Kapitalist?

Die Arbeiter haben gerade in den letzten Monaten anders entschieden: Gegen die Zusammenarbeit – für Kampf.

Diese Entscheidung fiel bei den Wahlen zu Betriebsräten und Vertrauensleuten, wo zum Beispiel bei Mannesmann kein einziger, der gegen den Kampf war, wiedergewählt wurde.

Dieser Bruch des Tariffriedens, dieses Vertrauen in die eigene Kraft waren es, die zum Bruch der Lohnleitlinien bei Druck und Chemie geführt haben, die auch die 'freiwillige Spende' der Stahlkapitalisten jetzt erzwungen haben.

Zwei Dinge sind bei diesem aktiven Eintritt in den Klassenkrieg klar geworden:

1. Wer in den Kampf tritt, muß gerüstet sein, muß organisiert sein, muß eine Führung haben. Gegen die DGB-Gewerkschaften, die nur in einem stark sind, im Zusammenarbeiten mit den Kapitalisten, muß die Arbeiterklasse sich oppositionell organisieren.

2. Weder Kapitalisten noch Gewerkschaftsführer sehen dem Bruch von Betriebs- und Tariffrieden tatenlos zu. Entlassungen von kämpferischen Kollegen häufen sich. Besonders empfindlich reagieren Bosse und Bonzen auf oppositionelle Vertrauensleute und Betriebsräte. Es wird das Verbot der Gewerkschaftsopposition gefordert.

Die gesetzliche Grundlage für den betrieblichen Entlassungsterror ist in erster Linie das **Betriebsverfassungsgesetz**, das allen fortschrittlichen Arbeitervertretern einen Maulkorb umhängen soll. Lassen wir uns von den Gesetzen und politischen Entlassungen nicht einschüchtern!



Der Kampf um die Wiedereinstellung der Kollegen in den einzelnen Betrieben muß vereinigt werden zum Kampf gegen das Betriebsfriedensgesetz.

Die Milde der Unternehmer wird nach dieser erkämpften Teuerungszulage nicht von Dauer sein. Schon wird über einen Lohnstopp beraten. Nicht wie in England per Gesetz. Das ist ihnen zu gefährlich. Noch mehr Arbeiter könnten gegen diese arbeiterfeindliche Regierung auf die Barrikaden gehen. Gewünscht wird ein 'Stabilitätspakt' zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführern. Ein solcher Lohnstopp wird aber nur die Spitze des Eisbergs sein. Noch größer wird der Lohnraub durch verschärfte Arbeitshetze, durch Verlängerung des Arbeitstages, durch Wiedereinführung der 6-Tagewoche wie jetzt schon in zwei Abteilungen bei Mannesmann in Mülheim.

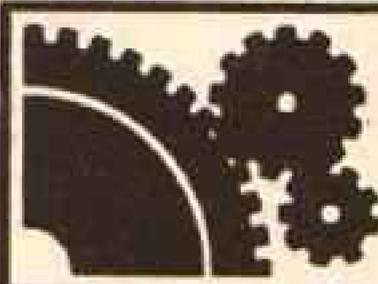
Die Inflation wird weiter zunehmen, Preise für Lebensmittel, für Kleidung und Wohnen werden weiter in die Höhe schießen.

Die entscheidende Antwort darauf muß aus den Betrieben kommen. In verschiedenen Betrieben wurde bereits die Kündigung der Tarifverträge gefordert (angefangen von Opel). Aber zunehmend wird auch bereits in Mieterräten, in Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen, der Kampf gegen die Teuerung geführt. Arbeiter, Arbeiterinnen, Hausfrauen und Jugendliche stehen hier zusammen. Auch gegen die Preiserhöhungen bei den Lebensmitteln erhebt sich bereits Protest:

Kapital und Staat versuchen die Lasten von Expansions- und Militarisierungspolitik auf die Werktätigen abzuwälzen. Aber das Volk ist nicht bereit, den Gürtel enger zu schnallen. Die Antwort ist die erste bundesweite zwischentarifliche Lohnbewegung seit Jahren. Die Antwort ist die Ausweitung der Kampffront auf breiteste Schichten der Werktätigen. 'Wilde' Streiks, Betriebsbesetzungen, Hausbesetzungen zeigen den wachsenden kämpferischen Geist der Bewegung.

Die Bourgeoisie fürchtet diesen Massenwiderstand. Sie fürchtet vor allem, daß sich die Partei mit ihm verbindet, daß so im Kampf immer mehr Menschen vereint in und um die Partei und anderen revolutionären Organisationen für den Sturz dieses Ausbeutersystems kämpfen. Zu recht.

Denn die Grundlage für Kampf und Sieg der Partei ist der Kampf der Massen. Und der läßt sich mit keinem Verbot aus der Welt schaffen.



Einigkeit macht stark !

Es war auf einer Frühschicht am Samstag. Wir ginge nnicht deshalb an einem Samstag arbeiten, weil wir von der Arbeitshetze und der ganzen Knochenmühle nicht genug kriegen konnten. So schön ist die Arbeit in einem Hüttenwerk der Firma Thyssen nun auch wieder nicht.

Wir arbeiteten deshalb an einem Samstag, weil die Herren Gewerkschaftsführer zwar die 40-Stundenwoche durchgesetzt haben, aber dafür, dass wir in diesen 40 Stunden auch genügend Geld verdienen, dafür sorgen sie nicht und wollen sie auch gar nicht sorgen. Der Abschluss mit lächerlichen 46 Pfennig in der letzten Stahltarifrunde hat wieder glasklar gezeigt, auf wessen Seite unsere sogenannten Arbeitervertreter stehen.

Also gehen die meisten samstags oder sogar sonntags arbeiten, um ihren Lebensstandard zu halten. Aber im Grunde genommen ist das falsch. So wird auch die Zahl der Kollegen immer grösser, die sagen: Wir müssten jede Überstundenschicht verweigern. Dann würden wir erst richtig sehen, wie wenig Geld wir wirklich noch verdienen. Dann würden wir unsere Lohnforderungen noch radikaler stellen und ein 46-Pfennig-Abschluss wäre dann unmöglich.

Oft denkt man auch noch, na ja, es ist ja nun schon Wochenende, da wird dann wohl an so einem Samstag alles ein bisschen langsamer laufen. Aber mittlerweile hat uns die Erfahrung schon gelehrt, dass es nicht so ist. Es wird voll durchgewalzt wie an jedem anderen Arbeitstage. Und oft kommt es sogar noch schlimmer.

So auch an diesem Samstag. Der Meister kam zu uns stempeln, wir waren zu dritt, und sagte, es würden gleich 30 mm starke Brammen gewalzt, und wir sollten sie sofort stempeln.

Wir waren uns einig: Das würden wir nicht mitmachen. Wer einmal neben einer 30 mm starken Bramme gestanden hat, die gerade aus dem Ofen kam, gewalzt wurde und noch fast rot ist, der weiss, was es heisst, sich über diese Bramme zu beugen und sie mit Schlagzahlen zu stempeln. Meter um Meter. Deshalb werden auch nur Brammen unter 30 mm sofort nach dem Walzen gestempelt. Alles was stärker ist, muss sich erst abkühlen. Darüber gibt es sogar eine Anordnung vom Unfallschutz. Denn die Hitze nimmt den ganzen Sauerstoff weg. Wenn nun ein Kollege so eine heisse Bramme bearbeitet, kann er aus Sauerstoffmangel plötzlich das Bewusstsein verlieren und über die Bramme fallen. Und dann geht's ihm dreckig. Man kommt von alleine von so einer Bramme gar nicht runter, weil man sich ja auf den fast glühenden Stahl nicht aufstützen kann. Man muss warten, bis Kollegen einen runterholen. Das alles sagten wir dem Meister. Er blieb dabei: Stempeln!

Wir wollten den Betriebsrat anrufen. Der Meister hatte gar nichts dagegen: Macht ruhig, sagte er. Wir überlegten kurz und waren klug genug, es nicht zu machen. Nachher fiel uns der Betriebsrat auch noch in den Rücken. Das konnte bei den meisten unserer Herren Betriebsräte durchaus der Fall sein.

Wir machten das einzig Richtige: Wir weigerten uns geschlossen, die Arbeit zu verrichten.

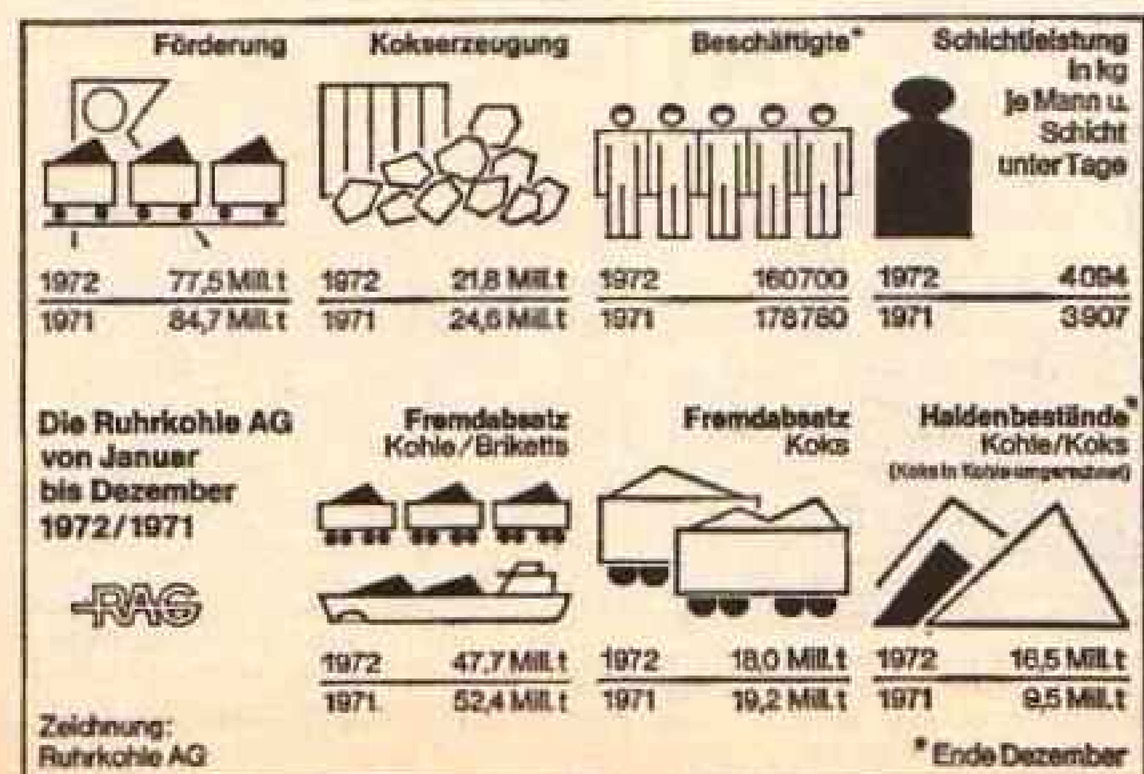
Die ersten Brammen liefen weiter. Ungestempelt. Da brachte der Meister noch 3 weitere Kollegen ran. Nach dem Motto: Wenn die einen nicht stempeln, vielleicht sind unter den anderen ein paar willige. Aber wir waren uns schnell mit den neuen einig: Hier ging es um's Prinzip. Wenn einmal damit angefangen wird, auch 30 mm Bleche zu stempeln, dann können wir das immer machen. Auch im dicksten Sommer, bei 50 Grad C. Und wenn sie uns noch 50 Mann dazugeben, diese Brammen werden nicht gestempelt. Und so war es denn auch. Die Brammen liefen alle ungestempelt durch und wurden erst am anderen Tag gestempelt, als sie erkaltet waren.

Wir hatten einen kleinen Sieg errungen. Durch unsere Einigkeit! So kann einem auch eine Samstagsschicht Spass machen.

Die kapitalistische Krisenwirtschaft am Beispiel Bergbau

Rückgehende Förderung bei ständiger Mechanisierung, Entlassungen bei gleichzeitig zunehmender Schichtleistung, wachsende Kohlehalden bei weniger Export aber verstärktem Import, wachsende Subventionierung der Zechenherren mit Steuergeldern bei gleichzeitigen Kohle- und Strompreiserhöhungen, sowie verstärkter Expansion der Stahlkonzerne; diese Widersprüche sind im Kapitalismus ganz normal. Wenn die 240 000 Kumpel des Steinkohlebergbaus jetzt in der Tarifrunde um ihre wirtschaftlichen Forderungen in den Kampf treten, wird auch das Interesse für diese Zusammenhänge wachsen. Die revolutionäre Bewegung unter den Bergarbeitern lässt sich nicht länger totsagen. Die Partei wird die Arbeit unter den Kumpels verstärken.

Lest den Artikel im nächsten ROTEN MORGEN!



KLASSE GEGEN KLASSE



STREIKBEWEGUNG IM GEBIET EBINGEN-TAILFINGEN NIMMT GROSSEN AUFSCHWUNG!

Im Gebiet Ebingen-Tailfingen (auf der Schwäbischen Alb) wächst die Streikbewegung wie nie zuvor.

Bei der Firma Alber&Bitzer, Strickmaschinenfabrik, streikten die Kollegen der Abteilung 'Schlossbau', weil die analytische Arbeitsplatzbewertung eingeführt werden soll. Nach der analytischen Arbeitsplatzbewertung würden die Arbeiter dieser Abteilung weniger Lohn bekommen als jetzt.

*

160 Näherinnen der Filiale Stiegel der Schlüpferfabrik Ernst Schöller streikten am 17.Mai eine halbe Stunde lang. Dieser Streik ist seit über 15 Jahren der erste Streik in der lokalen Textilindustrie, und der erste Streik in dieser Firma überhaupt.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass wir gar nicht von allen Streiks und Arbeitsniederlegungen etwas mitbekommen, denn die Streiks sind (wie bei der Firma Alber&Bitzer) oft nicht einmal in der ganzen Fabrik bekannt.

In den zahlreichen Filialen und kleinen Betrieben, mit oft 10 und weniger Arbeitern, kann ein Streik natürlich viel schneller unterdrückt und totgeschwiegen werden, als in grossen Betrieben.

Alle diese Streiks und Arbeitskämpfe haben aber gemeinsam, dass der Einfluss der Gewerkschaften schwindet, dass die Kollegen die Organisation der Klassenkämpfe selbst in die Hand nehmen.

Rote Garde
Ebingen-Tailfingen
18.Mai

METALLARBEITER MANNHEIMS KÄMPFEN

Mannheim (RM). Am 7.5. erkämpften sich die BBC-Arbeiter im Werk Käfertal in einem 7-stündigen Streik eine innerbetriebliche Lohnerhöhung von 20 Pfg. Im BBC-Werk Lampertheim erstreikten sich die Kollegen sogar 30 Pfg. Nach diesen Streiks brach es wie eine Lawine los. Am 17.5. streikte der grösste Teil von MWM (Motorenwerke Mannheim) – mit Erfolg. Ebenso erstreikten sich die Arbeiter der Droniswerke in Mannheim am 21.5. zusätzlich 25 DM im Monat. In vielen anderen Mannheimer Betrieben wurden Lohnforderungen aufgestellt, bei Daimler-Benz, John Deere, Renther usw.

Bedeutend bei dieser Lohnkampfbewegung ist die Erkenntnis bei den Kollegen: Wenn die Gewerkschaft nicht mitmacht, streiken wir ohne sie. Bei MWM wollten die Kollegen sogar den Betriebsrat abwählen. Sie liessen einen Aufruf verteilen mit der Forderung, Unterschriften gegen den Betriebsrat zu sammeln. In den Betrieben und der Gewerkschaft zeigt sich, dass die gewerkschaftsoppositionelle Bewegung anschwillt. Der Kampf in Mannheim geht weiter. (W.R., Metallarbeiter).

AUS UNSEREN BETRIEBSZEITUNGEN:

DER AEG ARBEITER

Zeitung der Betriebszelle AEG-Brunnenstraße der Kommunistischen Partei Deutschland Marxisten-Leninisten

KPD/ML

Streik in der V15

Durch Einigkeit zum Erfolg!

BRIEF AN DEN AEG-ARBEITER:

Man konnte fast glauben, alles, was nur Krach und Gestank machen kann, wäre in unserer Halle zusammengekommen. In der Baugrube der neuen Härterei tobten eine Dieselraupe und eine Rüttelplatte abwechselnd, am einen Ende der Lärm der Behauerei, am anderen Schleuderversuche vom GF-Prüffeld, als wenn ein Düsenflugzeug startet.

Zuerst sahen wir Kollegen uns nur sprachlos an, verstehen konnte man sowieso nichts. Einige gingen zum Vertrauensmann, Betriebsleiter und Meister sich beschweren, aber der Erfolg blieb gleich Null. Wir wurden damit vertröstet, dass ja in 2,3 Tagen alles vorüber sei. Aber das konnten wir doch nicht hinnehmen, bis uns schliesslich der Kragen platzte und alle Kollegen geschlossen raus auf den Hof gingen. Nur ein deutscher Kollege nahm die traurige Funktion ein, uns in den Rücken zu fallen. Er arbeitete weiter. Mit etwa 35 Mann sassen wir draussen.

Betriebsrat und Geschäftsleitung liefen wie aufgescheuchte Hühner umher. "Wilder Streik, keinen Pfennig bezahlen wir!" So kam Betriebsleiter Helmcke wutschnaubend an. Den Gruppensprecher bzw. Anführer wollte er wissen. Worauf ihn ein Kollege gleich richtig an unseren offiziellen Sprecher, den Vertrauensmann verwies. Das hätte ihm so gepasst, einen rausfischen, und an dem die ganze Wut auslassen. Wenn wir schon mal geschlossen vorgehen, kann das auch kein Herr Helmcke so schnell aufbrechen. Nachdem wir 1 1/2 Stunden an der frischen Luft sassen, wurden uns die Beschlüsse vom Betriebsrat und Geschäftsleitung mitgeteilt:

1. Kein Krach mehr während der Pausen;
2. Jeder darf eine Stunde Erholungszeit pro Tag für die Zeit der Bauarbeiten schreiben;
3. Eine Stunde des heutigen Tages wird auf jeden Fall bezahlt.

Wenn wir auch nicht erreicht haben, wie einige Kollegen richtig forderten, dass sämtliche Arbeiten mit Dieselfahrzeugen in der Halle während der Arbeitszeit ganz aufhören und nachts oder am Wochenende gemacht werden. **So haben wir an dieser Stelle ein starkes Zusammenhaltsgefühl, ob Deutsche oder Ausländer, bekommen und auch gesehen, wie gut und schnell einige Herren eine solche Sprache von uns Arbeitern besser als alles andere verstehen.**

Demonstration der Hoechst-Lehrlinge

Wir Lehrlinge fordern 600 DM Existenzlohn! Diese Forderung haben wir auf den Lehrlings- und Jugendvertrauensleuteversammlungen aufgestellt. Deshalb demonstrierten wir am letzten Dienstag, und wir werden weiterkämpfen. Kurz zu den Vorfällen am Dienstag:

Wir sammelten uns vor der Werksschule. Einige Kollegen hielten kurze Reden. Als sich etwa 120 Lehrlinge versammelt hatten, zogen wir zum Werkstor. Der Werksschutz war informiert und schloss vor unserer Ankunft die Tore. Also beschlossen wir vor dem Tor ein Sit-in zu machen. Ein Angehöriger des Werkschutzes sagte: "Ihr könnt rein, wenn ihr die Transparente draussen lasst." Wir hatten schon eine halbe Stunde das Tor blockiert. Als wir durch das Seitentor alle drin waren, formierten wir uns wieder zu einem Demonstrationszug. Mit Parolen wie: 'Nur gemeinsam sind wir stark: 11,5 und 600 Mark!' und 'Solidarisieren, mitmarschieren!' machten wir uns bemerkbar. Man versuchte uns noch öfter aufzuhalten. Zum Beispiel wollte man das zweite Tor zu den Betrieben vor unserer Nase zumachen. Was aber nicht gelungen ist. Weiterhin blockierten etwa 10 Werkschutzbeamte eine Strasse, um uns aufzuhalten. Das ist ihnen nicht gelungen. Im Werksgelände brachten uns die älteren Kollegen viel Sympathie entgegen und grüssten mit den Fäusten. Manche Meister haben sicherheitshalber die Türen verschlossen. Es schlossen sich noch mehrere Arbeiter und Lehrlinge im Werk an, sodass wir ungefähr 300 Demonstranten waren. Nach etwa einer Stunde lösten wir uns auf.

Als wir wieder an unsere Arbeitsplätze kamen, wurde uns mit Rausschmiss und Personalaktennotiz gedroht. Es fanden am folgenden Tag Verhöre statt, wo man die sogenannten Anführer herausfinden wollte. Ausserdem kamen noch kleinere Schikanen an Demonstrationsteilnehmern vor. Als dann in einer Tageszeitung diese Drohungen von Personalaktennotiz usw. zu lesen waren, wusste niemand mehr etwas von 'angeblichen Aktennotizen'.

Die Betriebsleitung konnte aus uns überhaupt nichts herausquetschen: In einem Flugblatt der Betriebsleitung heisst es später dann auch: Anonyme, betriebsfremde Personen hätten uns aufgehetzt und seien nun wieder untergetaucht.

Ein Kollege: "Da steht der Kollege Hochgesang vom Betriebsrat. Hochgesang komm her, was hast du zu unseren Aktionen zu sagen?" Der 'Kollege' kam, etwas verlegen, und meinte, es sei ja ganz gut, was wir machen, aber jetzt müsse er uns auffordern, wieder an die Arbeit zu gehen. Er erntete Gelächter und Buhrufe.

Rot Front, RG Höchst

Spanien: Roter Maj 1973

KOMMUNIQUE

DES KOORDINATIONSKOMITEES FÜR EINE REVOLUTIONÄRE ANTIFASCHISTISCHE UND PATRIOTISCHE FRONT (FRAP).

Wie in den vergangenen Jahren haben die Volksmassen auch an diesem 1.Mai ihren Hass und ihren Ekel gegenüber der Franco-Diktatur und der Yankee-Herrschaft über unser Land zum Ausdruck gebracht.

In Madrid wie in Barcelona, Valencia und den übrigen grossen Städten des Landes haben die Komitees pro-FRAP gemeinsam mit den Kräften und Organisationen, die dazu gehören, Kampfdemonstrationen und Aktionen gegen die Diktatur, gegen das Manöver der Restauration der Monarchie mit der Marionette Juan Carlos sowie gegen dessen Herren, die Yankees, organisiert. Die bewaffneten Unterdrückungskräfte der Diktatur haben versucht, die Demonstrationen der werktätigen patriotischen Massen zu verhindern. **Aber an diesem 1.Mai konnte die faschistische Polizei ihr blutiges Handwerk nicht ungestraft vollziehen. Denn Schutz-Gruppen der Demonstrationen antworteten auf die faschistische Gewalt mit revolutionärer Gewalt.** Bei den heftigen Zusammenstössen in den Strassen von Madrid wurde ein faschistischer Söldnerpolizist getötet und einige weitere verletzt.

Diese Aktionen stellen den Beginn der Justiz des Volkes dar, die sich in ganz Spanien gegen die faschistische Tyrannei zu organisieren beginnt, gegen diese Despotie, die unser Volk seit mehr als 30 Jahren mit Blut und Feuer unterdrückt.



Unter dem blutigen Terror der Franco-Diktatur: Demonstranten in Madrid erkämpfen sich die Strasse am 1.Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse.

Das Koordinationskomitee pro-FRAP bekennt sich voll und ganz zu diesen Aktionen des Volks von Madrid gegen die Polizeikräfte der Diktatur. Angesichts der faschistischen Demagogie und der wilden Kampagne der Franco-Presse gegen diese populären und revolutionären Aktionen, denkt das spanische Volk an das vergossene Blut der 15 Arbeiter und Antifaschisten, die die Diktatur in letzter Zeit im Backenland, in Granada, in El Ferrol und Vigo, in Madrid und Barcelona ermordet hat. Genausowenig vergisst das spanische Volk die **Hunderttausende** Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, die seit 1936 von den gleichen faschistischen Kräften abgeschlachtet worden sind, die heute Krokodilstränen vergiessen über ihre zwei Söldner, die von den kämpfenden Volksmassen ihre Strafe erhalten haben.

Die Bestrafung von Mörderpolizisten am 1.Mai hat in allen Teilen des Volkes grossen Enthusiasmus ausgelöst. Hoffnungsvoll sehen die Unterdrückten, wie die wirklich revolutionären und patriotischen Kräfte entschieden und tapfer, und zwar in organisierter Form, der Diktatur Widerstand leisten – wie sie dabei alle Verräter und Opportunisten rechts liegen lassen, die die Zusammenarbeit des Volkes mit seinen Ausbeutern und Schindern predigen und die Volkskämpfe in die Sackgasse des Pazifismus, der Resignation und des Kapitulantentums locken wollen.

Der Krieg gegen den Faschismus, den unser Volk von 1936 bis 1939 führte ... IST NICHT ZUENDE!

Der 1.Mai 1973, in ganz Spanien und besonders in Madrid im kämpferischen Geiste gefeiert, beweist unwiderlegbar, dass die neue revolutionäre Massenbewegung, fest organisiert und geführt vom Koordinationskomitee pro-FRAP, in eine neue Phase eintritt: Das Ziel dieser Phase kann kein anderes sein als der Sturz der faschistischen Diktatur, mit oder ohne Franco, und die Vertreibung des Yankee-Imperialismus von unserem Boden durch den bewaffneten Volkskampf.

Madrid, im Mai 1973 Koordinationskomitee pro-FRAP.



Am hellichten Tag malten die Genossen der FRAP Parolen mit Maiaufrufen in ganz Spanien (hier in der Madrider U-Bahn). In Madrid allein versammelten sich gegen 19 Uhr 30 10 000 Demonstranten in den Strassen eines Arbeiterviertels, das die FRAP als Treffpunkt angegeben hatte.

Revisionistisches

LEONID BRESHNEW: MUSTERBILD EINES GROSSBÜRGERS

"Herr Breshnew ist mir vom Bild und Fernsehen her nicht unsympathisch. Angenehm berührt mich auch sein kapitalistischer Hang zum Wohlleben: 7 Luxusautos! Lässt sich diese Neigung aber mit seiner politischen Auffassung verquicken?"

So fragt sich eine Leserin der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung. Wem der kapitalistische Hang zum Wohlleben behagt, der muss am jetzigen Kremlchef allerdings seine helle Freude haben. Als echter Standardtyp der neuen herrschenden Klasse in der Sowjetunion versteht Breshnew was vom high-life. Raffinierter Luxus der westlichen 'oberen Zehntausend' mischt sich bei ihm mit den Traditionen der alten Zarenherrlichkeit der Romanow-Dynastie: Ein prächtiger Landsitz mit swimming pool, ein Rolls Royce, ein Citroen Maserati, ein Cadillac und andere Luxuswagen, ein Konto in unbeschränkter Höhe.
Breshnew allerdings nennt sich 'Kommunist' und wird leider noch häufig für einen Kommunisten gehalten. Und da fängt der ungeheure Schaden an, den er und seinesgleichen der sozialistischen Idee zufügen, die sie in Worten gelegentlich noch bemühen.

D'K'P-PROSIT: "AUF DAS WOHL DES BUNDES

(Aus der WAZ):

Die Bundesregierung hat nach Darstellung des bayerischen Justizministeriums der Münchener Staatsanwaltschaft die Herausgabe von Material verweigert, durch die unter Umständen der Beweis einer Identität von DKP mit der verbotenen KPD zu führen gewesen wäre.

Die Bundesregierung hat es nämlich unter Berufung auf das Wohl des Bundes (Paragraph 96 Strafprozeßordnung) abgelehnt, der Staatsanwaltschaft das ihr vorliegende Material zur Verfügung zu stellen."

Na also, die Bundesregierung hat nicht nur die D'K'P zugelassen, sie verteidigt sie sogar wie ihr eigenes Kind. Und sie hat auch den richtigen Paragrafen gefunden, mit dem sie die D'K'P vor etwaigen Attacken einiger Altfaschisten und einiger verknöcherter Staatsanwälte schützen kann, die immer noch nicht begreifen wollen, dass die D'K'P wirklich nichts mehr mit der alten verbotenen KPD zu tun hat. Nach diesem Paragrafen dient die D'K'P zum Wohle des Bundes und muss deshalb verteidigt werden. Und so ist es auch. Wie kein zweiter geht die D'K'P auf die Barrikade, wenn es gilt, diesen Staat vor Angriffen von links zu schützen, besonders vor den Marxisten-Leninisten.

An vorderster Front kämpft sie darum, dass bei Kämpfen der Arbeiterklasse dieser, ihr Staat ja keinen Schaden erleide. Sie reguliert, versöhnt, lenkt ein, blockt ab, ja, die D'K'P hat nichts anderes als das Wohl dieses Staates im Auge.

Gerade deshalb ist es auch völlig absurd zu vermuten, die D'K'P hätte irgend etwas mit der verbotenen KPD zu tun. Die KPD ist doch gerade deshalb verboten, weil sie darauf abzielte, diesen bundesdeutschen Kapitalistenstaat zu zerschlagen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Dass Reimann und Bachmann früher zur KPD gehört haben, ist erstens ein Jammer, und gibt zweitens für eine Identität der D'K'P mit der alten KPD gerade so viel her, wie die ehemalige KPD-Mitgliedschaft Herbert Wehners für die Identität der SPD mit der KPD.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Island trotzt dem Imperialismus!

Die britischen Fregatten, die seit Wochen ausserhalb der isländischen Fischereischutzzone kreuzten, sind am 20.Mai auf Befehl ihrer Regierung in die 50-Seemeilenzone Islands eingedrungen. Sie sollen dort, wie die englische Regierung erklärte, britische Trawler vor 'Übergriffen isländischer Wachboote schützen'. Tatsächlich handelt es sich hier um eine typische imperialistische Praxis:

Die militärische Absicherung des Diebstahls an den Ressourcen anderer Länder.

Üblich daran ist auch, dass sich die britischen Imperialisten genauso wie die westdeutschen einen Dreck um rechtsgültige internationale Abkommen scheren. Obwohl die Vereinten Nationen in einer Resolution vom Dezember 72 eindeutig festlegten, dass jedes Land ein Recht auf die Rohstoffquellen (dazu gehört auch der Fischbestand) im See-Bett vor ihrer Küste und in den 'angrenzenden Gewässern' hat, behaupten beide Imperialisten, die Ausweitung der Fischereischutzzone Islands auf 50 Seemeilen sei rechtsungültig.

"Und willst du nicht mein Sklave sein, dann schlag ich dir die Fresse ein", das ist die Rechtslogik dieser Räuber. Eilfertig gab die BRD-Regierung darum den Briten Rückendeckung: "Nach deutscher 'Rechtsauffassung' ist das Vorgehen der britischen Regierung gerechtfertigt."

So schnell allerdings ist das isländische Volk nicht kleinzukriegen: Island sperrte den Militärflughafen Keflavik für britische Militärflugzeuge, und droht mit dem Austritt aus der NATO. Am 26.Mai schoss ein isländisches Küstenwachboot einen englischen Trawler leck.

Das isländische Volk lässt sich nicht verhöhnen. Die 3000 amerikanischen NATO-Truppen, die auf Island stationiert sind, haben nämlich auch die erklärte Aufgabe, 'Island gegen militärische Überfälle zu verteidigen'. Natürlich nur auf dem Papier, zur Täuschung des isländischen Volkes. Die US-Imperialisten haben schon versichert, dass sie sich nicht in dieser Angelegenheit 'missbrauchen lassen'.

Es gibt eine starke antiimperialistische Bewegung in Island, die die Auflösung des US-NATO-Stützpunktes fordert und dafür auf die Strasse gehen wird.

Islands Drohung trifft die Imperialisten empfindlich. Das Besatzergefüge der NATO ist ohnehin im Wanken: Der Thron der griechischen Obristen und NATO-Marionetten steht auf einem Pulverfass, die türkischen Faschisten können sich nur noch mit letzter Kraft gegen den Volkshass halten, die NATO-Stützpunkte Zypern und Malta waren schon immer unsichere Kandidaten, in Spanien und Portugal steht es ähnlich wie in Griechenland und der Türkei. Und nun kündigen sich die ersten Risse in der Nordflanke der NATO an, und die ist ohnehin nicht sehr stabil: Die starke Volksbewegung gegen die NATO in einigen skandinavischen Ländern zwingt schon deren Regierungen zu 'unloyalen Ausserungen'.

Aber machen wir uns keine Illusionen, die Imperialisten werden dem Zusammenbruch ihres Unterdrückungs- und Raubpaktes nicht mit verschränkten Armen zusehen. **Der Krieg gegen das vietnamesische Volk ist keine Besonderheit amerikanischer Asienpolitik, sondern eine ganz gewöhnliche imperialistische 'Sicherheitspolitik'. Die Völker der kleinen Länder Europas werden sich auf ihr 'Vietnam' vorbereiten müssen.** Und sie werden sich dabei ganz allein auf ihre Kräfte und die Solidarität mit den anderen kämpfenden Völkern und den Proletariern aller Länder verlassen müssen.

Die sozialimperialistische Sowjetunion wird keinen Finger rühren, um Island zu helfen. Genauso wie die westlichen Imperialisten, sind sie darauf aus, sich neue Einflussgebiete zu schaffen. Am Beispiel der SU-Mittelmeerflotte, die die arabischen Völker unter Druck setzt und 'friedensbereit' machen will, wird vielmehr klar, dass sie darauf spekulieren, aus der Krise des US-Imperialismus für sich zu profitieren, das heisst ihren Ausbeutungs- und Machtbereich auf dem Rücken der Völker zu vergrössern.

Es lebe der anti-imperialistische Kampf des isländischen Volkes!
Nieder mit dem aggressiven NATO-Pakt!
Nieder mit dem Warschauer Pakt!

Indonesien:

Erfolgreicher Kampf der PKI !

Wenn man der offiziellen Presse des faschistischen Regimes in Indonesien, den Berichten der Schreiber in den kapitalistischen Ländern und der sowjetrevisionistischen Presse glauben würde, wäre in Indonesien seit dem Putsch Suhartos vor sieben Jahren Friedhofsstille eingekehrt.

Wahr ist daran, dass Suharto ein beispielloses Blutbad angerichtet hat, um den Befreiungskampf des indonesischen Volkes zu ersticken. 600 000 Kommunisten und Patrioten wurden hingerichtet. In den sieben Jahren seit seiner Machtergreifung sind über hunderttausend Menschen ohne jede Anklage, ohne jedes Gerichtsurteil in die Gefängnisse und Kerker geworfen worden. Allein in den Konzentrationslagern auf der Insel Buru sind über 10000 politische Gefangene.

Aber dieser blutige Terror konnte den bewaffneten Befreiungskampf unter der Führung der Kommunistischen Partei Indonesiens nicht ersticken.

Sogar die faschistische Presse ist gezwungen, ab und zu von bewaffneten Auseinandersetzungen zu berichten. So musste die Informationsabteilung des Militärkommandos von Java Anfang des Jahres zugeben, dass Armeetruppen vergeblich versuchten, Guerillaeinheiten unter der Führung der PKI (Kommunistische Partei Indonesiens) auszuheben. Ebenso musste der Militärchef von Westkalimanta zugeben, dass trotz Tag- und Nachteinsatz der Armee, trotz angeblicher zunehmender Erfolge der Armee, die Aktivitäten der kommunistisch geführten Guerillaeinheiten zunehmen.

Die Grosseinsätze der faschistischen Armee selbst sind es, die die Propagandalüge von 'vereinzelten' und 'isolierten' Guerillas Lügen strafen. So fand am 9.1.73 ein Einsatz unter der Führung Sumadis, des höchsten Militärchefs von Westkalimantan statt, bei dem 5 Kriegsschiffe, grosse Einheiten Infanterie und Artillerie und Luftwaffe eingesetzt wurden. Wer in Indonesien in Wahrheit isoliert ist, zeigt die Tatsache, dass die Faschisten schon seit langem alle Hebel in Bewegung setzen, um den ersten Sekretär des Regionalkomitees von Westkalimantan, Sofjan, (Mitglied des Zentralkomitees der PKI) zu fangen. 3 Millionen Rupien sind auf seinen Kopf als Belohnung ausgesetzt. Aber die faschistischen Henkersknechte konnten ihn bis heute nicht fassen – das Volk schützt seine Führer.



TOD DEM IMPERIALISMUS UND SEINEN LAKAIEN IN INDONESIEN !

Diese Tatsachen sind zugleich ein Schlag gegen die modernen Revisionisten Indonesiens, die behaupten, die Zeit für den bewaffneten Kampf in Indonesien sei noch nicht reif und der PKI 'Abenteurertum' vorwerfen.

Die Tatsachen zeigen zugleich, dass die PKI einen korrekten Kampf führt. In API 1/73 heisst es:

"Der Volkskrieg unter der Führung der Arbeiterklasse mit der Kommunistischen Partei an der Spitze ist der einzige Weg, die bürgerliche Macht zu stürzen, den alten Staat zu zerstören und an seiner Stelle einen vollständig neuen Staat zu errichten. Diese grundlegende Wahrheit des Marxismus-Leninismus ist durch die Geschichte vielfach bewiesen worden. Diese allgemeine Wahrheit ist von Genossen Mao Tse-Tung weiterentwickelt besonders für die kolonialen, halb-kolonialen und halbfeudalen Länder. Wie wir es verstehen, muss die Grundlage des Volkskriegs in diesen Ländern die bewaffnete Agrarrevolution sein; eine Revolution, die ausgeht vom Land, von dort aus die Städte einkreist und dann das ganze Land befreit... Geführt durch die PKI ist das indonesische Volk, eingeschlossen die Bevölkerung Westkalimantas, entschlossen, diese allgemeine Wahrheit des Marxismus-Leninismus auf die konkreten Bedingungen in seinem Land anzuwenden."



Reisebericht eines Genossen

6 Monate in Brasilien

Im letzten Jahr reiste ich auf Einladung eines brasilianischen Reporters nach Südamerika. Mehr als 6 Monate lebte ich in einem Arbeiterviertel von Rio de Janeiro.

In der nördlichen Zone, dem Industriegebiet Rios, endet für viele Landarbeiter eine oft mehrere 1000 km lange Lastwagenreise. Sie kommen als Gastarbeiter in die eigene Stadt. Viele von ihnen werden niemals den berühmten Strand von Copacabana sehen. Einige werden ihn vielleicht sogar betreten: Als Arbeiter einer Strandreinigungskolonne werden sie die leeren Zigarettenschachteln der Deutschen, Amerikaner, Engländer oder eigener Landsleute aufsammeln.

An den Verkehrsampeln in der Stadt stehen 14-jährige Jungens, um bei rot auf die Strasse zu laufen und für ein Trinkgeld die Scheiben der haltenden Fahrzeuge zu putzen. Schulkinder (ab 8 Jahre) transportieren in kleinen, aus Kisten selbstgebauten Wagen, Waren für Gemüse- und Lebensmittelhändler. Andere stehen die ganze Nacht über als Schuhputzer vor den teueren Restaurants, Kinos und Tanzbars. Oder sie bewachen Autos auf den Parkplätzen bzw. einfach am Strassenrand.

Die Ausbeutung der Frauen, die in bürgerlichen Haushalten arbeiten, – 10 Stunden täglich ist keine Seltenheit – übersteigt alle Grenzen. Sie arbeiten für 200 Cruseiros (etwa 100 DM) monatlich wie eine Putzfrau, Köchin und Waschfrau in einer Person und haben, wenn sie verheiratet sind, 'nebenbei' noch die gleiche und mehr Arbeit im eigenen Haushalt zu leisten.

Bei dem Besuch eines Arbeitskollegen meines Freundes erfahre ich, dass in sämtlichen grossen Miethäusern ein staatlich angestellter Hausmeister wohnt, d.h. ein Polizistarbeiter, der die Bewohner bespitzelt. So fragte uns der Hausmeister, wen wir besuchen wollten. Er wusste, dass in 'seinem' Haus ein ehemaliger politischer Häftling wohnte, der erst kurz zuvor aus 2-jähriger Haft entlassen worden war. Er war es, mit dem wir uns treffen wollten.

Zu den offiziellen Handlangern der Faschisten, wie Polizei und Militär, gesellen sich die inoffiziellen, die Privatpolizisten. Banken und private Unternehmer sind berechtigt, sich Privatpolizisten zu halten, um die von den Arbeitern geschaffenen Güter gegen die Arbeiter zu verteidigen. In den Geschäftsvierteln der Stadt stehen vor den Banken und Geschäftshäusern grosser und kleiner Unternehmer und sogar vor einigen Restaurants mit Trommelrevolvern bewaffnete Privatpolizisten.

Die regierenden Militärs – Gorillas genannt – verteidigen mit brutalen Mitteln die Interessen des Privat-, vorallem des Auslandskapitals. General Medici – ehemaliger Chef des brasilianischen Geheimdienstes – wurde 1964 vom amerikanischen Sicherheitsdienst CIA als Präsident eingesetzt und fungiert seitdem als Handlanger des vorwiegend amerikanischen Kapitals in Brasilien. 1972 bekannte er sich offen zu den faschistischen Methoden in 'seinem' Land, den systematischen Folterungen politischer Gefangener. Bei diesen systematischen Folterungen prüfen Ärzte die physische Belastbarkeit der Gefangenen. 5 dieser Knechte der Faschisten erhielten ihren gerechten Lohn. Sie wurden von ihren Kollegen, Mitgliedern einer revolutionären Ärzteorganisation, liquidiert.



Militärpolizei des Staates Parana gegen 'Posseiros' (landlose Bauern).

Fortsetzung Seite 6

Unser Nein zum Grundvertrag

Die CSU geht vor das Bundesverfassungsgericht. Sie hat, so ruft sie, dem Grundvertrag den Kampf angesagt. Sie sagt, der Grundvertrag würde der nationalen Einheit Deutschlands widersprechen. Wir Kommunisten sagen das auch. Stehen wir deshalb auf der gleichen Seite wie die CSU, wie die Revisionisten behaupten?

Das ist nicht der Fall. Wir Kommunisten stellen die Frage der nationalen Einheit Deutschlands vom proletarischen Klassenstandpunkt aus, die CSU vom bürgerlichen, darin liegt der grundlegende Unterschied. Warum lehnt die CSU den Grundvertrag ab? Nicht etwa deshalb, weil durch ihn die legitimen interessen der DDR auf staatliche Souveränität beschnitten werden, weil er ein Produkt des Schachers der BRD-Imperialisten mit den sowjetischen Sozialimperialisten ist, bei dem die DDR die Ware bildet. Ganz im Gegenteil, der Streit dreht sich lediglich um die Taktik der westdeutschen Bourgeoisie in der Ostpolitik.

Die heutige SPD/FDP-Regierung betreibt die Politik des Kuhhandels; diese Politik versucht getarnt unter dem Mäntelchen des Friedens und der Verständigung, sich Stück für Stück Positionen gegen die DDR zu erobern, vor allem im Schacher mit den Kremlzaren.

Die CSU lehnt den Grundvertrag deshalb ab, weil er auf 'doppeldeutigen Formulierungen' (so F.J. Strauss) aufgebaut sei. Eben aber diese Doppeldeutigkeit ist die Politik des Kuhhandels, die sich darauf erstreckt, Positionen zu umreissen, die Entwicklung der Kräfte und Stärkeverhältnisse abzuwarten, und deshalb zwar gewisse Einbrüche in das Gebiet des anderen vollziehen, diese jedoch noch nicht fest fixieren.

Dagegen vertritt ein Strauss die Stellung, dass man kompromissloser vorgehen müsse. Lieber abwarten, entweder alles oder nichts. Er vertritt die Auffassung, auf der Grundlage noch grösserer westdeutscher Stärke die DDR zur Unterwerfung unter den BRD-Imperialismus zu zwingen.

Beide Parteien ziehen aber am gleichen Strick, beide haben das selbe Ziel: Die Unterjochung der DDR unter den BRD-Imperialismus. Die beiden Taktiken ergänzen sich dabei recht gut. Die SPD/FDP-Regierung vollzieht Schritte der Vorbereitung, die dem BRD-Imperialismus das Eindringen in die DDR ermöglichen. Beispiel die laufende Verfestigung des politischen Vertretungsrechtes der BRD für Westberlin, einer Stadt, die rechtmässig zum Territorium der DDR gehört, im Rahmen der Breshnewverhandlungen. Während auch auf diese Weise der Herrschaftsanspruch der BRD auf die DDR Stück für Stück ausgedehnt wird, bereitet die Strauss'sche CSU bereits den Boden für eine 'unzweideutige', endgültige Annektierung der DDR unter günstigeren Bedingungen vor. So schreibt Strauss: "Ein zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der 'DDR' abzuschliessender Grundvertrag hätte durchaus die Zustimmung der CDU/CSU finden können – unter folgenden Voraussetzungen:

1. Andere Verhandlungsmethode und Verhandlungen ohne Zeitdruck...

2. Textliche Formulierungen, die .. keine Doppelauslegungen erlauben dürfen.

3. Die Tatsache des Offenbleibens der deutschen Frage, **und all der Dinge, die damit zusammenhängen."**

Auf gut deutsch: Die CDU/CSU will abwarten, bis sich die Stärkeverhältnisse mehr zugunsten des BRD-Imperialismus gewandelt haben und ist bis dahin auch nicht bereit, bestimmte taktische Zugeständnisse an die Gegenseite zu machen. Die deutsche Frage soll nach CSU-Auffassung behandelt werden, wenn der BRD-Imperialismus mehr Macht besitzt, eindeutige Entscheidungen zu seinen Gunsten zu erzwingen.

Letztlich betreibt die SPD/FDP die Politik des getarnten Revanchismus, die CDU/CSU eine offenere Politik des Revanchismus. Die aggressiven Ziele, die Eingemeindung der DDR, bleiben die selben.
Wie die Gesamtstrategie des BRD-Imperialismus gegenüber der DDR aussieht, wird daran anschaulich, dass Herr Minister Dohnani jetzt dazu auffordert, den 'Radikalenerlass' nicht nur auf eine Verpflichtung auf das westdeutsche Grundgesetz zu erstrecken. Die Staatsangestellten sollen darüber hinaus schwören, dass die in der Bundesrepublik angeblich verwirklichten Grundrechte, in der DDR nicht verwirklicht sind – nichts anderes als ein Aufruf zur 'Befreiung unserer Brüder und Schwestern' in der DDR.

Mit dieser Lösung der nationalen Frage, die nichts anderes bedeutet als die Vergewaltigung eines anderen Staates, haben wir Kommunisten nichts gemein. Wir wenden uns gegen den Grundvertrag eben deshalb, weil er die souveränen Rechte und die Unabhängigkeit der DDR mit Füssen tritt, ein Arrangement der Imperialisten der BRD mit den Imperialisten der SU über den Kopf der DDR darstellt, und daher die imperialistische Gewaltpolitik verstärkt.

Wir Kommunisten kämpfen für ein vereintes unabhängiges sozialistisches Deutschland. Wir gehen davon aus, dass die Imperialisten, nach dem 2. Weltkrieg Deutschland gespalten haben, um in der BRD ein Bollwerk gegen das damalige sozialistische Lager zu errichten. In Westdeutschland festigten mit US-Hilfe die alten Kräfte des deutschen Imperialismus ihre Herrschaft und weiteten ihre Macht wieder aus.

Die deutschen Imperialisten haben im Namen der deutschen Nation zwei Weltkriege um ihrer Grossmachtspläne willen entfesselt, und sie haben dabei jeweils Deutschland als Trümmerfeld hinterlassen, ehemals deutsche Gebiete verspielt, Deutschland gespalten. Kein drittes Mal darf dem Staat der Krupp und Thyssen erlaubt werden, im Namen der 'Einheit der Nation' und des 'deutschen Selbstbestimmungsrechts' ihren Raubzug durchzuführen.

Es gibt nur eine Kraft, die heute in der Lage ist, eine friedliche Wiedervereinigung, ein unabhängiges Deutschland zu errichten: Die deutsche Arbeiterklasse. Nur der Sturz der herrschenden Klasse der BRD durch die westdeutsche Arbeiterklasse, und der Sturz der DDR-Bourgeoisie durch die Arbeiterklasse der DDR, bei gleichzeitigem Kampf gegen deren 'Schutzmächte' USA und SU wird es ermöglichen, dass zwei friedliebende sozialistische deutsche Staaten, auf freiwilliger Basis zusammenfinden, um ein vereintes unabhängiges und sozialistisches Deutschland zu errichten.

6 Monate in Brasilien Fortsetzung von Seite 5



Krabbenfang im Staat Paraiba, im Nordosten. Die Menschen arbeiten den ganzen Tag im Schlamm für einen Hungerlohn.

Die Ursache

1953 (von den USA seit 1949) wurde nach dem Modell des Marshall-Plans das Engagement der BRD wirksam; der 'vom Kommunismus bedrohten 3.Welt' wird zur Durchsetzung der Hallstein-Doktrin 'finanzielle Hilfe' gewährt. Das Entwicklungshilfeprogramm läuft unter der Kontrolle des Wirtschaftsministeriums ab. Von Anfang an kontrollierte der Wirtschaftsminister der BRD 80% des Etats und noch SPD-Schiller legte fest, dass nicht das Entwicklungshilfeministerium, sondern das Wirtschaftsministerium die Kapitalhilfe zu verwalten habe. "Mit Entwicklungshilfe machen wir uns heute das Bett, in das wir mogen steigen werden." Entwicklungshilfe soll also Märkte für morgen schaffen.

Als Entwicklungshilfe gelten ebenfalls die Investitionen privater Unternehmer. Der Bau von Zweigstellen in den Entwicklungsländern wird mit einer Steuerersparnis von ca. 33% belohnt. Die deutschen Unternehmer kassieren dafür Subventionen, dass sie 'ihr' Geld dort investieren, wo die Profitrate am höchsten ist. Durch Entwicklungshilfesteuergesetze, Kapitalanlagegarantie und Investitionsverträge wird das 'Risiko' der Auslandsinvestitionen abgesichert. Die Gewinnrate bei Investitionen in Entwicklungsländern ist deshalb so hoch, weil der Boden und die Rohstoffe billiger, die Löhne niedriger sind, die Regierung des Entwicklungslandes für Steuervergünstigungen sorgt, Entstehung von Konkurrenz verhindert und Schutz vor Streiks und Vergesellschaftung bietet.

Z.B. Brasilien. 1969 hatten BRD-Konzerne einen Anteil von 8% an der brasilianischen Gesamtindustrie. Einen Anteil von 20% unter den Ausländern. Der Gesamtumsatz der BRD-Firmen betrug 1969 5,2 Milliarden DM.

In der Kfz-Industrie Brasiliens sind vertreten: Daimler-Benz und Volkswagen AG; in der chemischen Industrie und Pharmazie: BASF, Bayer, Höchst, Schering. In der Elektro-Industrie: Siemens, AEG, Telefunken; und in der Maschinenbau, Stahl- und Erzindustrie finden wir die bekannten Namen, Thyssen, Krupp, Mannesmann, Hoesch, Demag.

In der Kfz-Industrie besitzen die westdeutschen Firmen ein Monopol. In der Elektro- und Chemie-Industrie ein Teilmonopol. VW do Brasil zahlt innerhalb der landeseigenen Metallindustrie die niedrigsten Löhne und hat obendrein unzulängliche Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen. Ein VW-Arbeiter in Sao Paulo verdient knapp die Hälfte des Lohnes seines Kollegen in Wolfsburg, der Käfer aber ist in Brasilien doppelt so teuer wie in der BRD.

Es ist nicht lange her, da hiess Südamerika der 'sichere Hinterhof der USA'. Heute ist Südamerika für den US-Imperialismus eine Pulverladung, dessen Zündschnur immer rascher abbrennt. In Chile wurden die Wallstreet-Giganten enteignet, und das ganze Volk stürmt vorwärts im antiimperialistischen Kampf. Massenaktionen der Arbeiter Argentiniens lassen die US-Militärclique Lanusse erzittern, Partisanenkämpfe in Bolivien das Regime des Hugo Banzer, die Regierung Venezuelas verlangt höhere Ölpreise von den USA, Panama erkämpft sein Recht auf die Kanalzone, usw. usf.

**Brasilien, das grösste Land Südamerikas (fast so gross wie USA) ist auch ein Bollwerk des Imperialismus und der Reaktion in diesem Teil des Kontinents. Kriegsvorbereitungen der Gorillas in Brasilia gegen die Nachbarländer laufen auf Hochtouren, Waffenhilfe für die blutsverwandten Militärcliquen sollen deren Leben verlängern.
Aber was äusserlich stark aussieht, kann innerlich schwach sein: Der Partisanenkampf in den Gebieten Para, Goia, und Maranhao im Amazonas-Gebiet entwickelt sich sprunghaft (siehe RM 11/73), auch wenn die internationale Nachrichtensperre diese Tatsache unterdrücken will. Massenkämpfe in den Städten, auch wenn die Presse nur von einzelnen Aktionen von Stadtguerillas berichtet.**

Unter Führung der KP do Brasil, die sich von den revisionistischen Chruschtschow-Anhängern befreit hat (die ihrerseits sich nun B'K'P – Brasilianische 'Kommunistische' Partei – nennen), wird das Volk sich dem Aufstand nähern.

Hände weg von A. Beiene!

Vor 12 Monaten wurde der eritreanische Arbeiter Abraham Beiene in einer Nacht- und Nebelaktion durch die Polizei in Fürth aus seinem Bett geholt und – nachdem er 2 Stunden auf der Polizeistation festgehalten worden war – in das Bezirkskrankenhaus Erlangen eingeliefert. Keiner seiner Freunde wußte, wo er geblieben war. Erst vor kurzem erfuhren sie zufällig, daß er im Bezirkskrankenhaus liegt.

Dort wird er mit Medikamenten und Spritzen 'behandelt', obwohl weder zur Zeit seiner Festnahme noch in den Jahren vorher irgendwelche Anzeichen einer Nervenkrankheit zu bemerken waren. Während dieser 12 Monate haben ihm die Ärzte geraten, seinen Antrag auf politisches Asyl, der seit 3 Jahren läuft und noch nicht beantwortet wurde, zurückzunehmen...

Ein eritreanischer Freund, der ihn in der Klinik besuchte und trotz der 12-monatigen Isolation und 'Behandlung' keine Anzeichen einer Krankheit feststellen konnte, bekam vom behandelnden Arzt erklärt: "Der Mann ist nervenkrank. Was sollen wir mit dem hier? Den können wir nicht gebrauchen. Die Abschiebungspapiere sind schon fertig. Wir warten nur noch auf das Reisegeld." Abraham Beiene soll also in den nächsten Tagen abgeschoben werden. Erfahrungsgemäss erwartet einen Eritreaner, der in die Hände der faschistischen äthiopischen Regierung fällt, Gefängnis, Folter und Tod.

Genossen des KSV, der Liga, der Vietnamausschüsse und Sympathisanten der KPD/ML haben ein Solidaritätskomitee gegründet, das die Abschiebung Abraham Beienes verhindern soll und den revolutionären Befreiungskampf des eritreanischen Volkes (zwei Drittel des Landes sind bereits befreit!) unterstützen wird.

Terror gegen Türken

Im vorletzten Roten Morgen druckten wir einen Artikel über bewaffnete Arbeiterkämpfe in der Türkei ab. Die Fakten darin waren der Zeitschrift 'Patriotische Einheitsfront' entnommen, die eine Organisation marxistisch-leninistischer Türken herausgibt. Mit dieser Schrift, mit Werken von Mao Tse-Tung und anderer Literatur beladen, fuhr ein PKW mit zwei türkischen Studenten und einem Arbeiter von Westberlin nach Frankfurt. Die Literatur sollte an Buchhandlungen geliefert werden.

In Hof wurde der Wagen von Polizei angehalten, das Fahrzeug samt Inhalt beschlagnahmt, die Türken verhaftet. Einen Tag später erliess das Amtsgericht Hof auch Haftbefehl gegen den Besitzer des Fahrzeugs, der zunächst als Dolmetscher herangezogen worden war.

In der Begründung für den Haftbefehl heisst es unverhohlen:
"Es handelt sich um Broschüren ... des proletarisch-revolutionären Aydinlik, Zentralorgan der Marxisten-Leninisten der Türkei. Insgesamt wird zum Kampf gegen den Faschismus und gegen die demokratisch-freiheitliche Grundordnung aufgerufen."

Wie man sieht, ist dem Richter durchaus die Verwandschaft zwischen bürgerlicher 'Demokratie' und Faschismus bekannt.

Bei der Haftbegründung berief sich das Gericht auch auf das von der SPD/FDP-Regierung letztes Jahr verschärfte Ausländergesetz.

Da der Fall dennoch zu ungeeignet für eine längere Haft war, musste sich das Gericht schliesslich auf Einspruch des Rechtsanwalts zu einer Freilassung der Türken herablassen.

Ein Fall, der täglich in Westdeutschland sich ereignet. Ein Beispiel des zunehmenden Terrors gegen fortschrittliche und revolutionäre Ausländer.

ANSCHLAG AUF DRUCKEREI DER LIGA IN NÜRNBERG!

Am Sonntag, den 20.5., drangen bewaffnete Polizisten, die von Hundeführern mit Polizeihunden begleitet wurden, in den Druckraum der Liga in Nürnberg ein. Drei Genossen der Liga wurden dabei mit vorgehaltener Waffe festgenommen. Der Druckraum wurde versiegelt und bewaffnete Posten zur Bewachung aufgestellt. Einige Tage später wurden drei Genossen der Liga verhaftet und für 1 1/2 Stunden festgehalten, weil sie Flugblätter verteilt hatten.

Gegen diese Angriffe der Bourgeoisie fand am 26.5. eine Demonstration statt, an der auch Genossen der Partei teilnahmen.

HINWEIS!



Titelblatt der Trotzkistenbroschüre. Es zeigt bereits den Charakter des Inhalts. Das Titelblatt wurde von einem antikommunistischen CDU-Plakat der 50-iger Jahre übernommen.

Wir stellen hiermit fest, dass das Machwerk einer Gruppe trotzkistischer Elemente aus Düsseldorf, das mit unserem Parteisymbol gekennzeichnet an verschiedene Gruppen und Personen verschickt wurde, nichts mit der KPD/ML zu tun hat. Dieses Mackwerk, das, auf antikommunistischen Vorurteilen reitend, die Politik der VR China diskreditiert, wurde von der 'Florian-Gruppe' verfasst, die schon seit langem aus der Partei entfernt und deren Annäherungsversuche strikt abgeschlagen wurden. Für die trotzkistische Spitzfindigkeit dieser Gruppe nur ein Beispiel: Die revisionistische Etappentheorie (vor der proletarischen Revolution noch eine besondere Etappe einschieben, um von der sozialistischen Revolution abzulenken) wird derart begründet: "Wir können solange nicht über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie bei uns hinausgehen, wie die bürgerliche Demokratie im Weltmasstab nicht hergestellt ist."

BRESHNEW-BESUCH IN BONN:

Polizei und D'K'P das Feld nicht überlassen!

BONN (RM). In der Bonner Innenstadt traten sich die Polizeispitzel in Zivil fast gegenseitig auf die Füße, ständig fuhren ganze Konvois von Mannschaftswagen mit behelmten Polizisten durch die Straßen. 26 000 Ordnungshüter sollten zusammen mit den Ordnertrupps der D'K'P die Jubelveranstaltung zu Ehren des Geschäftsabschlusses zwischen den beiden Imperialisten Brandt und Breshnew schützen.

Es war klar, dass diesem Riesenaufgebot von Staatsschützern gegenüber, unsere Partei taktisch klug verfahren musste. Eine zentrale Demonstration gegen den Polizei- und Revisionistenaufmarsch in Bonn war unmöglich. Aber 100 Genossen und Sympathisanten nahmen die Aufgabe in Angriff, die ca. 30 000 Anhänger der D'K'P, die dem Aufruf ihrer verräterischen Führer gefolgt waren, nicht kampflos deren Propaganda zu überlassen.

Mit einer beweglichen Taktik gelang es den Genossen, an den verschiedensten Stellen der Innenstadt kurze Kundgebungen abzuhalten, den ROTEN MORGEN zu verkaufen und Propaganda-Material zu vertreiben. Bevor die Polizeitruppen zuschlagen konnten, waren die Gruppen jeweils diszipliniert aufgelöst. Auf dem Münsterplatz, wo die D'K'P besonders stark die Werbetrommel rührte, gelang eine gute Aktion:

Die Genossen hielten auf dem Platz eine Kundgebung, die grosses Interesse hervorrief und das ganze Spitzelpack anzog. Als sich die Kundgebung auflöste, leuchtete von der Bonner Hauptpost in grossen Buchstaben: "Weg mit Breshnew, Weg mit Brandt, alle Macht in Arbeiterhand – KPD/ML".

Wütend sperrten die Bullen den Platz ab und stellten die Personalien von Spaziergängern und D'K'P-Anhängern fest – die Genossen hatten sich bereits unter die einkaufenden Passanten gemischt. Viele in der Bevölkerung und unter den Demonstranten sprachen noch den Tag über von der gelungenen Übertumpelung des Riesenpolizeiaufgebots.

Sobald sich Kundgebung und Demonstration der D'K'P formiert hatten, war es schwierig für unsere Genossen, die Teilnehmer zu erreichen. Die Revisionisten fürchteten die revolutionäre Propaganda wie der Teufel das Weihwasser. Deshalb hatten sie ihre starken Ordnertrupps angewiesen, gegen jeden 'maoistischen' Flugblattverteiler vorzugehen und sein Material möglichst zu vernichten. Die Ordner kreisten um die Teilnehmer wie Schäferhunde um die Herde.

Trotzdem führten die Genossen eine Reihe guter Gespräche mit D'K'P-Mitgliedern. 2 Altgenossen aus Hamburg erklärten, dass sie heute wie vor 20 Jahren Genossen Stalin verehrten und die VR China bewunderten. Eine Reihe Jugendlicher gab uns ihre Adresse, um mehr über die ROTE GARDE zu erfahren. Sie hatten schon gemerkt, dass die SDAJ den revolutionären Klassenkampf bestenfalls im Mund führt.

Dieser Erfolg hat uns darin bestärkt, auch in Zukunft den Revisionisten nie das Feld zu überlassen.

DIE SCHEIDELINIE

Wir sagten: Die Haltung zum Breshnew-Besuch wird die Scheidelinie zwischen Marxisten-Leninisten und Revisionisten klarer ziehen. Was sich dabei zwischen den Fronten anzusiedeln sucht, z.B. die erz-opportunistische Führung der Münchner 'Arbeiter-Basis-Gruppen' (ABG's), wird in Wirklichkeit immer mehr zum 'linken' Schwanz der D'K'P.

Zum Breshnew-Besuch verteilten die AGB's ein Flugblatt, in dem es heisst:
"Es gibt ... auch viele fortschrittliche Menschen, die inzwischen zu der Ansicht gelangt sind, dass die Sowjetunion heute nicht mehr so wie früher konsequent die Politik des Friedens und der Völkerfreundschaft betreibt. Die ARBEITER-BASIS-GRUPPEN, die auch dieser Meinung sind, erstreben die Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Menschen, auch mit denen, die die heutige Sowjetunion für ein Bollwerk des Friedens halten."

Die ABG's halten sich also für fortschrittlich, weil sie meinen, die Sowjetregierung mache heute einige Fehler. Richtig, fortschrittliche Menschen können den Überfall auf die CSSR, die offene Zusammenarbeit des Kreml mit den Imperialisten, seine Waffenlieferungen an Indien usw. nicht gutheissen. Aber die ABG-Führer nennen sich 'Marxisten-Leninisten'. Als solche müssten sie klar Farbe bekennen, der Arbeiterklasse erklären, dass diese 'Fehler' einen materiellen Hintergrund haben: Darin, dass die Herrschaft in der Sowjetunion nicht mehr von der Arbeiterklasse, sondern einer neuen Bourgeoisie, nicht mehr von Kommunisten, sondern von korrupten Bürokraten ausgeübt wird, dass die Sowjetunion nicht mehr eine sozialistische, sondern eine imperialistische Macht ist. Davon kein Wort bei den ABG's.

Es zeigt sich, was sie unter 'fortschrittlich' verstehen: Den Revisionismus. Weil die Revisionisten mit einem marxistischen Mäntelchen auftreten, nennen sie das 'fortschrittlich'. Kann man einen Räuber für 'friedlich' halten, wenn er seine Pistole in der Tasche versteckt?!

Die ABG's erstreben 'Freundschaft und Zusammenarbeit' mit der D'K'P, wie sie schreiben. Darum folgt auch gleich die Pflichtübung danach, die Hetze gegen die wirklichen Marxisten-Leninisten.
"Wir ... lehnen eine provokatorische Gegendemonstration, wie sie ein verwirrtes Häuflein Sektierer vorhat, ab."
Stattdessen laden dei AGB-Führer die den 'Wiederaufbau der KPD' angeblich im Auge haben, einen Vertreter der Breshnew-Delegation und einen D'K'P-Führer zu einem ABG-Podiumsgespräch ein.

Die Revisionisten der D'K'P werden nicht erscheinen, sie warten ab, bis die – in bescheidenem Masse vorhandenen – Arbeiter in den 'Arbeiter-Basis-Gruppen' bei ihnen erscheinen. Genau das wird die Ortsgruppe München der KPD/ML immer besser zu verhindern wissen.

AUS DEM ATOMBUNKER

Korrespondenz einer Gruppe von Gefangenen, die von Genossen der KPD/ML und 'KPD' und unorganisierten Genossen erstellt wurde.

Wir sitzen hier im Atombunker Zwickauer Strasse in einem Raum zu 42 Personen ohne Fenster mit drei Etagenbetten. Der Raum ist kalt, erst nachts zum Schlafen bekamen wir zwei Decken. Man hat am Samstag einen Kaffee und ein Brot angeboten welches wir verweigerten. Am Sonntag hat man uns nichts gebracht.

Wir sind wahllos festgenommen worden, weil wir mit der Bevölkerung diskutierten, weil wir Bullen fotografierten, weil wir zugeschaut haben oder uns über das Vorgehen der Bullen empörten, oder weil wir in einem Sprechchor mitgerufen hatten.

Anfangs wurden die meisten durch zivile Greiftrupps eingesackt. Manche wurden bis ins Kaufhaus verfolgt, bei der Festnahme an den Haaren gezerrt, beim Transport unter wilden Beschimpfungen geschlagen und getreten, in einem Fall in der Einzelzelle zusammengeschlagen.

Nach der Festnahme wurden wir erkennungsdienstlich behandelt. Das Anrufen eines Rechtsanwaltes wurde verweigert. Ein Grund für die Festnahme wurde nicht genannt...

Seit der Festnahme haben die Genossen in jeder möglichen Form gekämpft. Während des Transportes wurden Sprechchöre gebildet und es wurde so laut gesungen, dass die Bevölkerung und hörte. Im Polizeipräsidium, wo wir gesammelt wurden haben wir uns über unsere Rechte aufgeklärt und abgesprochen. Im Atombunker traten wir geschlossen in den Hungerstreik und machten immer wieder Sprechchöre, in denen wir die uns zustehenden Rechte forderten. So bekamen wir auch Kontakt mit Inhaftierten aus anderen Räumen. Gemeinsam führten wir Trommelkonzerte durch und sangen Kampflieder der Arbeiterklasse. Am Tag unserer Festnahme erfuhren wir von den gelungenen Demonstrationen in der Innenstadt. Es brach dabei ein grosser Jubel aus. Als wir am Abend hörten, dass Genossen, wie zum Beispiel Uwe Bergmann, in Einzelhaft gesteckt wurden, entfachten wir einen lautstarken Proteststurm.

P.S.: Als wir nach 36 Stunden entlassen wurden, konnten wir durch setzen, dass die Gruppen nicht nach Städten freigelassen wurden. (So hätte man die dort bekannten Genossen eher herauspicken können.) Sondem dass wir die Gruppen selbst zusammenstellten. Die Genossen verliessen auch nicht eher den Bunker bis sie eine vom Rechtsanwalt beglaubigte schriftliche Zusicherung hatten, dass drei Genossen, die als 'Rädelsführer' noch in Einzelhaft weiter sitzen mussten, noch in der gleichen Nacht freigelassen wurden. Das zeigt: Wenn wir entschlossen und solidarisch kämpfen, können wir auch im Gefängnis unsere Forderungen durchsetzen.

SOLIDARITÄTSADRESSSE

Diese Solidaritätsadresse wurde während der verbotenen Demonstrationen gegen den Breshnew-Besuch in Dortmund von den politischen Gefangenen der Zelne 33 und 54 (80 Gefangene), 87 und 86 (42 Gefangene) und 58 (80 Gefangene) verabschiedet.

Dortmund, den 19.5.1973

An den Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust.
An das Mitglied des ZK der KPD, Genossen Jürgen Horlemann.

Genossen!

Wir, 202 Gefangene, während der Demonstrationen gegen den Besuch des Kremlzaren Breshnew bei seinem Kumpanen Brandt festgenommen, übersenden Euch solidarische Kampfesgrüsse aus unseren Zellen.

Wir fordern:

Sofortige Freilassung des Genossen Jürgen Horlemann!
Freispruch für Ernst Aust!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

ROT FRONT!



ADRESSE DER RM-REDAKTION: **G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07**

Nieder mit dem Demonstrationsverbot!

Zum Verbot der 1.Mai-Demonstration in Dortmund hat der KSB/ML ein Teach-in für die Universität und Pädagogische Hochschule organisiert. Sie verabschiedeten folgende Resolution:

Die versammelten Studenten der Uni Bielefeld und der PH Bielefeld auf dem Teach-in vom 30.4. protestieren scharf gegen das generelle Demonstrationsverbot für alle Demonstrationen in Nordrheinwestfalen, an denen marxistisch-leninistische Organisationen teilnehmen, sowie gegen die unverschämte Hetze gegen marxistisch-leninistische, antiimperialistische und demokratische Organisationen und gegen Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen.

Wir protestieren ebenfalls scharf gegen den Polizeiterror in Bielefeld im Zusammenhang mit dem Arbeiterjugendzentrum Brackwede und gegen die unverschämten Verleumdungen in der bürgerlichen Presse in diesem Zusammenhang.

– Mit übergrosser Mehrheit angenommen –

Als Startfonds für die Rote Hilfe Bielefeld wurden 58,– DM gesammelt.

ZUM ARTIKEL: KAPITAL MORDET KINDER

Hamburg, 11.5.73

"Wenn man mit der losen Behauptung, dass quasi Frauen mit dem Für und Wider der Diskussion um den Paragraph 218 nichts anfangen können, darauf verzichtet, klar die Losung: "Weg mit dem Paragraph 218!" auszugeben, verzichtet man auf Politik, bzw. überlässt sie den Bürgern. Nicht vergessen, dass es die KPD war, die zum 'Volkssturm gegen den Paragraph 218' aufgerufen hat. Die KPD/ML muss diesen Kampf fortführen."

RM-Redaktion: Du hast recht, Genosse. Der Artikel beschränkte sich tatsächlich zu sehr auf die Feststellung, dass die Abtreibung weniger ein moralisches Emanzipationsproblem der Frau ist, sondern ein soziales. Einerseits ergibt sich daraus, dass das Problem der Abtreibung endgültig nur durch die soziale Revolution gelöst werden kann, das heisst durch die Schaffung der materiellen Voraussetzungen, die eine Abtreibung nicht mehr notwendig machen. Andererseits hast du völlig recht, dass wir Kommunisten heute unter dem kapitalistischen System den Kampf führen müssen, gegen die besondere Unterdrückung der Frau. Deshalb muss unsere Losung in diesem Falle auch heissen: "Weg mit dem Paragraph 218!"

Gedicht eines alten Arbeiters zum Breshnew-Besuch

W.K., 61 Jahre, Wohnort Essen, 20 Jahre auf der Zeche, nach der Schliessung der Zeche in Schreinerei gearbeitet, Betriebsunfall, heute Vollinvalide.

W.K. zog schon bald nach der Gründung der D'K'P einen klaren Trennungsstrich zu dieser Partei des Arbeiterverrats, heute kämpft er geistig ungebrochen mit seiner verbliebenen Kraft für die Stärkung der KPD/ML.

"Breshnew, der Du bist im Kreml
Geheiligt sei Dein Name/Dein Wille möge weltweit sein.

Unser täglich Brot gibst uns – Dir sei Dank
– Wenn auch durch unser Schaffen!

Vor allem vergib uns unsere Schuld, wenn wir
Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung in Verbindung bringen.

Wir bitten Dich, bewahre uns vor revolutionären Gedankengängen
Erlöse uns von diesem Übel, denn Dein ist das Zarenreich
mit dem päpstlichen Segen.

Es hat keine Kraft und Herrlichkeit bis in Ewigkeit!
Amen!

Kommunisten, Proleten, sagen nicht 'Amen'!

Die stets von den Revisionisten getrennt, den Handlangern der Kapitalisten den Kampf ansagen,
Aufrichtige Genossen wollen Stalin neben Lenin wiedersehen!

Die stets darauf bedacht, bei Koexistenz kein Abbau des Sozialismus zuzulassen, die den Klassenkampf nie aus dem Auge liessen
Die kapitalistische Literatur aus dem Lande wiesen.

Diese Genossen geben einen Dreck um sogenannten Gewaltverzicht, der nur auf den Knochen des Volkes in Ost und West.

Ein souveränes sozialistisches Deutschland, so und nicht anders, Herr Breshnew!

Undenkbar bei dem Friedensgequassel, auszuklammern die Völker, die gegen die Hitlerbande gekämpft, gelitten.

Das sozialistische China, Albanien, die Völker der Welt wachen, kämpfen gegen das heuchlerische Getue.

Lenin, Stalin sind nicht vergessen, die dem russischen Volke den Weg zeigten: ZUR REVOLUTION. SO – und nicht Amen!

OPPORTUNISTEN ZUR SOLIDARITÄT ZWINGEN!

Die Ortsgruppe der KPD/ML Bremen hat den KBB (Zirkel in Bremen) aufgefordert, sich an der Gründung eines Solidaritätskomitees für alle politisch Verfolgten zu beteiligen. Die KB-Führung lehnte ab, weil sie meinte es sei zur Zeit noch nicht notwendig. Und Leute wie Ernst Aust würden garnicht die Unterstützung der Massen erhalten...

Auf unsere Solidaritätsveranstaltung kamen einige KBB-Mitglieder und nach etwa 2-stündiger Diskussion erklärten sie sich dann bereit, in einem Rote-Hilfe-Komitee zu arbeiten.

Aber schon beim nächsten Treff erklärte uns ein führendes Mitglied, dass der KBB doch jetzt vor dem 1.Mai schon genug zu tun hat. In der Roten Hilfe würden ... sie keine neuen Mitglieder gewinnen. Und wenn es darauf ankäme jemand zu unterstützen, dann würde der KBB das schon alleine tun. Die KPD/ML sei in Bremen kein 'politischer Faktor und sie sei schädlich fürs Proletariat. So ähnlich stand es dann auch später in der 'Wahrheit' (KBB-Zeitung).

Von der versprochenen Solidarität, die der KBB auch ohne Rote-Hilfe leisten wollte, haben wir bisher nichts gemerkt. In der 'Wahrheit' stand nicht eine Zeile zu den politischen Prozessen...

Rotfront!
Genossen aus Bremen

Umweltverschmutzung in Nordenham:

Arbeiter und Bauern gegen Profittod !



Bauer Lothar Stahnke mit Ferkeln, die durch verseuchte Muttermilch verendeten.

NORDENHAM (RM). Der Grossherzog von Oldenburg, der seine Verbundenheit mit den Bauern immer betonte, gab den Anstoss zur Industrialisierung am Westufer in Nordenham, mit der Friedrich-August-Hütte. Wertvolle Fettweiden gingen in den Besitz der Metallwerke Unterweser über, Bauern bekamen ungeahnten Reichtum, kauften neue Höfe und billiges 'Magervieh'.

Ein weitblickender Arbeiter erkannte die Kehrseite des 'Reichtums' schon im Jahre 1911. Ihm gelang es, die Bauern auf dem Blexersand zu überzeugen, dass alle gemeinsam sich schützen müssen. Es wird verlangt, dass die Metallwerke alle Nachteile und Schäden erstatten. Die Bauern schliessen sich der Erklärung des Arbeiters in allen Teilen an. Die Erhaltung der Gesundheit des Menschen war damals im Bewusstsein der Betroffenen kein Problem.

Die Metallwerke arbeiteten für beide Weltkriege und ununterbrochen rieselte leise das Blei, Zink, Cadmium auf das Land und die Häuserdächer. Die Schadstoffe liegen heute zentnerweise im Boden und in den Regenwasserzisternen. Der trostlose Kreislauf begann: Kranke Böden machen kranke Pflanzen, kranke Pflanzen machen kranke Tiere und beides macht kranke Menschen.

Schon immer starben einige Rinder auf den Weiden, und im Stall aus ungeklärter Ursache. Die Katastrophe begann im letzten Jahr. Trotz der Kenntnis, dass die viel zu schwachen Filteranlagen defekt waren, liess die Direktion der Bleihütte, jetzt im Besitz der Preussag, nachts die giftigen Bleischwaden abblasen. Diesen Bleiausstoss konnte die Natur nicht mehr verkraften. Über 150 Rinder starben 1972 auf den Weiden rund um Nordenham (RM 13/72). Alles Niederungswild (Hasen) wurde restlos vernichtet. Auch in diesem Frühjahr sind schon über 20 Rinder den Bleitod gestorben.

Die spontane Empörung der Bevölkerung war gross. Schnell regulierte die Preussag den gröbsten Schaden und begann die Kampffront zu spalten. So wurden die Preussag-Arbeiter gegen die übrige Bevölkerung, die Bauern gegen die Kleingärtner ausgespielt. Spontan entstehende Vereine für Umweltschutz wurden von allerlei korrupten Elementen zu Wartungsmaschinerien des Kapitalismus umfunktioniert. So brauchte die D'K'P nicht in die Bresche zu springen. Denn die D'K'P hat nach anfänglicher Mitarbeit in diesen Vereinen ihre Tätigkeit eingestellt.

Arbeiter und Bauern, die gegen den Profithunger der Preussag ankämpfen wollten, wurden von Professoren mit 'umfangreichen theoretischen Kenntnissen' besoffen geschwatzt. Nicht der Profit war Schuld, sondern unter anderem der Grünkohl, da er durch seine Behaarung soviel Bleistaub hält. Ausserdem seien die Menschen im Meza-Tal im Norden von Jugoslawien der 4-fachen Bleibelastung als bei uns in Nordenham ausgesetzt.

Von 'unberufener' Seite wird dagegen mit nicht immer 'gebotener Sachlichkeit' erklärt: Blei ist ein Nerven-und Blutgift. Rangfolge der Störungen: a) neurologische, psychische Störungen, b) physiologische, pathologische Störungen; c) gestörte Funktion der Geschlechtsorgane, Erbschäden. Folgende Verhaltensstörungen können auftreten: Antriebslosigkeit, Ekel, Schwachsinn, Gefühlsverarmung, Kriminalität.

Diese unberufene Seite sind Arbeiter, Bauern und Lehrer, die begonnen haben, den Kampf gegen die Umweltverschmutzer Preußag, Guano (Fluorabgase), Asbestos (Asbeststaub) und Titan (Säuren und Laugen) zu führen unter dem Aspekt, daß nur die Revolution den Widerspruch zwischen Profit und Umweltschutz lösen kann. Dieser Kampf ist nur möglich geworden durch die Gründung der Ortsgruppe Nordenham der KPD/ML, der wir uns als Sympathisanten anschließen.



Das Tiersterben auf den Weiden in und um Nordenham geht weiter. Hier ein junges Tier, das bereits mit dem Tode ringt. Der Anblick ist erschütternd, wenn die Tierkörper in Krämpfen zucken und sich die Rinder vor Schmerz bäumen. [illegible]

Polizeiaktion in Hamburg:

Wir wollen Euer Blut !

"Der Ablauf des Polizeieinsatzes ist ein Beweis für den Mut, den hohen Ausbildungsstand und die Führungsleistung unserer Polizei. Ich habe dem Präsidenten und den eingesetzten Beamten meine Anerkennung ausgesprochen." So Hamburgs Innensenator Heinz Ruhnau. Hinter solch grossen Worten versteckt sich eine der widerwärtigsten Polizeiaktionen der letzten Zeit, die Räumungsaktion gegen das besetzte Haus, Hamburg Eckhofstrasse 39. (Siehe auch RM).

Schon seit etlicher Zeit umkreisten Polizeifahrzeuge das am Gründonnerstag von Arbeitern, Lehrlingen und Studenten besetzte Haus. Verhetzte Polizisten gaben über Lautsprecher bekannt, dass sie auf das Niveau eines Tieres herabgesunken waren. 'Wir wollen euer Blut! tönte es über die Polizeisirene.

Jetzt am 22.Mai zeigten die Polizeihelden, was sie können. Hausbesetzer, die bis jetzt keinem etwas zuleide getan haben, ausser, dass sie der Profitgier der Gewerkschafts-eigenen Wohngesellschaft im Wege standen und das staatlich geheiligte Recht des Privateigentums einiger weniger Reichen angetastet hatten, gegen diese 'Kriminelle' trat Einsatzplan MEK in Kraft. MEK ist die Kurzbezeichnung für Mobiles Einsatzkommando, das nach dem Flugplatzmord von Fürstenfeldbruck unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung gebildet worden ist. Und im Stile einer SS-Sturmbrigade lief dann auch die Aktion ab; dazu der wörtliche Bericht von der Hamburger Morgenpost vom 24.5.:

Es war kurz vor vier Uhr, als „MEK" seine Kräfte in unmittelbarer Nähe des seit Gründonnerstag besetzten Abbruchhauses postierte: gepanzerte Mannschaftswagen, Wasserwerfer, Sonderfahrzeuge, Gefangenenwagen. Eine gespenstische Szene.

3.47 Uhr: Ein roter Opel-Kadett fährt langsam in die Ekhofstraße. Es ist der Verbindungsmann (V-Mann) zur Kripo. Seit der Besetzung hat er Kontakt zu den Leuten im Haus. Täglich bringt er den Besetzern Verpflegung. Sie akzeptieren ihn, er ist ein Kumpel. Doch an diesem Morgen hat der V-Mann eine andere Aufgabe: Er soll die Tür zur „Festung" öffnen. Und der Mann öffnet sie.

3.51 Uhr: Während dem V-Mann geöffnet wird, fahren zwei unauffällige Lastzüge und ein als Taxi getarntes Kripofahrzeug an. An Bord des Taxis: Drei Polizei-Karate-Kämpfer, Träger „Schwarzer Gürtel". Sie haben die Aufgabe, die Hauswache der Besetzer „unschädlich" zu machen.

4.00 Uhr: Die Insassen des Taxis springen aus dem Wagen und überwältigen die Hauswache. In dieser Sekunde tritt Plan „MEK" in Kraft.

Die „Ladung" der beiden Lastwagen wird aktiv. Es sind zivile Kripoleute und Schutzbeamte. 45 Kriminalbeamte und 60 uniformierte Polizisten stürmen das Haus. Schüsse fallen. Eine Maschinenpistolensalve weckt die Anwohner.

Ein ganzes Haus schreit. Die Hausbesetzer sind überrascht. Wenig später fahren mehrere Unfallwagen vor. Die Feuerwehr rückt mit zwei Leiterwagen an.

4.02 Uhr: Ein Beamter berichtet: „Wir bewältigten die Fallen und standen im Erdgeschoß, als die Besetzer Steine, Flaschen und Balken auf uns warfen. Die Gruppe blieb stehen. Da feuerte unser Boß drei oder vier Schüsse ab und schrie: Los! Rauf, rauf, rauf!' Das wirkte. In der ersten Etage nahmen wir rund 30 Personen fest. Sie waren zwar auf Angriff vorbereitet, leisteten aber keinen Widerstand und ergaben sich.

Böse ging der Handstreich für den V-Mann aus: Er wurde von einem Stein getroffen und konnte sich nur noch zu seinem Fahrzeug schleppen. Dort brach er blutüberströmt zusammen.



Die Banden des Kapitals treten an, zur Verteidigung des 'privaten Eigentums'.

Wirklich eine sehr mutige Aktion. Über hundert Polizisten stürmten ein Haus, mit Pulverdampf und allem drum und dran. Im Haus befinden sich 70Personen, davon 24 Frauen, die kaum nennenswerten Widerstand leisteten. 400 mit Helmen, Schildern und Maschinenpistolen bewehrte Polizisten 'sicherten' ab. Schützenpanzerwagen fuhren auf. Helden? Nein, feige Gewalttäter sind diese Polizisten, die ihren Charakter völlig an den staatlichen Brötchengeber verkauft haben. Dass Leute, wie der Spitzel, ihre verdiente Strafe abbekommen, sollte eine Lehre für alle jene sein, die sich für den Klassenfeind verkaufen.

Dass es sich bei den Rockerhorden der Polizei in grosser Zahl um verkommene kriminelle Subjekte handelt, zeigen zum Beispiel ein paar Vorkommnisse aus den letzten Tagen. Der stellvertretende Oberkommandeur der Oldenburger Schutzpolizei, der Polizeidirektor Weier, wird beim Diebstahl erwischt, ebenso der Leiter des Reviers 2 in Hannover, Hauptkommissar Stötzer. In Berlin und München sind Beamte der Polizei in den Rauschgifthandel verstrickt. Polizeibeamte beteiligen sich an Bankeinbrüchen, schiessen nach Dienstschluss wild um sich, begehen Fahrerflucht in besoffenem Zustand usw. Solche Meldungen kann man jeden Tag in der Tages-Presse lesen"

Solche Subjekte braucht unsere Polizei. Die bringen es dort zu was. Sie schützen die kapitalistischen Verbrecher, ihre Gesinnungsbrüder. Sie sind bereit, ihren Bruder, ihre eigene Mutter umzulegen, nur weil sie sich für das Recht ihrer Klasse einsetzt.

Solche Polizeitruppen aus Kriminellen haben wir einst gehabt — im Hitlerdeutschland!



Sofort nach der Räumung wurde das Haus zerstört. Die angrenzenden Bewohner konnten nur durch massive Gegenwehr verhindern, dass leerstehende Wohnungen in ihren Häusern ebenfalls zerstört wurden.

— Anzeige —

KINDERBÜCHER AUS DER VOLKSREPUBLIK CHINA:

'Gaos Kinderjahre' — Bildergeschichte —
95 Seiten, Peking 1956 Preis: 1,00 DM

'Wachtposten Nr.3' — Bildergeschichte — (farbig)
52 Seiten, Peking 1972 Preis: 1,00 DM

'Das Pferd des Bauern'— Bildergeschichte — (farbig)
18 Seiten, Peking 1958 Preis: 0,50 DM

Bestellungen an: Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Postscheckkonto Hmbg. 19 35 72 — 207

Kontakt:

Rathaus von Polizei besetzt

24.5. in Dortmund:
Im Rathaus liegt die Arbeit still. Anstelle der Angestellten und Beamten der Stadt bevölkern zivile Polizisten die Flure. Die eisernen Gitter vor der Eingangstür sind herabgelassen. Ein Polizeiaufgebot von mehreren Hundertschaften hat das Rathaus umstellt.

Der Grund? Rund zwanzig Jugendliche wollten den Oberbürgermeister der Stadt Dortmund besuchen. Sie gehören zum Aktionskreis 'Für ein freies Jugendzentrum'. Nachdem die Gruppe wochenlang von vorgeschickten Vertretern der Stadt nach Strich und Faden hingehalten worden war, hatte sie in einem Brief an das Stadtoberhaupt angekündigt, sie werde am 24.5. von ihm selbst Rede und Antwort verlangen. **Die Reaktion der Staatsgewalt wird ihnen zu Denken gegeben haben!**